

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.,
2½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweinundsechzigster Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die fünggespaltenen Seiten oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden
für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen - Annahme - Büros der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (E. & H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streifand und Herrn D. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haase & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 18. April. Se. M. der König haben Allernädigst geräht: Dem Sekonde-Lieutenant Fürsten zu Wied a. a. suite des 4. Garde-Grenadier-Regiments König, den Rother Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern und mit Schwerten am Ringe zu verleihen; den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. I. Neuhäußer in Bonn zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität zu ernennen; und die Wahl des Rittergutsbesitzers v. Koeller auf Dobberpfuhl zum General-Landwirtschaftsdirektor der Pommerschen Landschaft für einen ferne-reiteten sechsjährigen Zeitraum zu bestätigen.

Der Privatdozent, Kreis-Physikus und Sanitäts-Rath Dr. Horstmann in Marburg ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der dortigen R. Universität ernannt worden. Der praktische Arzt Dr. Steiner zu Poln. Wartenberg ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Poln. Wartenberg ernannt worden. Der Thierarzt erster Klasse Lieben er zu Bitterfeld ist zum Kreis-Thierarzt des Kreises Bitterfeld ernannt worden.

D e n t s c h l a n d .

Berlin, 17. April. Von Nassau aus haben einzelne Stimmen, namentlich in der Frankfurter Presse, Klage geführt, daß auf die Beschlüsse des letzten Kommunal-Landtages noch kein Landtags-Abschied ertheilt sei, obgleich seit der Session schon drei Monate verflossen seien. Es ist dies vielfach dahin gedeutet worden, daß die Wünsche des Kommunallandtages nicht die geblührende Berücksichtigung von Seiten der Regierung gefunden hätten. Auch darüber ist Verwunderung geäußert, daß der Kommunaltag noch nicht wieder einberufen sei, wie dies früher erwartet worden. Endlich erfahre man gar nichts über die Aufnahmen der einzelnen Beschlüsse, namentlich hinsichtlich des Kommunalfonds zu speziellen Zwecken, und die Ernennung eines Landesausschusses scheine abgelehnt zu werden. Was diese Neuerungen betrifft, so ist zu bemerken, daß die Ertheilung eines Landtags-Abschiedes, wie derselbe für die alten Landestheile üblich und gebräuchlich ist, keineswegs als eine Normal-Institution für die neuen Landestheile betrachtet werden kann, da die gelegentlich feststellungen über die dortigen Kommunalanlagen keine vertragliche Vorschrift enthalten. Hinsichtlich der speziellen Beschlüsse, welche von dem Kommunal-Landtag in Nassau gefaßt worden, erfährt man, daß die Entscheidung der Regierung darüber, welche gegenwärtig mit den betreffenden Erwägungen beschäftigt ist, in nicht ferner Zeit erfolgen wird, und zwar so weit als möglich den Wünschen der Kommunalstände entsprechend. Die Bildung eines Kommunalfonds verursacht besondere Schwierigkeiten, namentlich mit Rücksicht auf die Gebietsteile, welche früher zu Darmstadt und Homburg gehörten. Aber auch zur Erledigung dieser Angelegenheit finden gegenwärtig zwischen den einzelnen Ministerien Berathungen statt. Selbstverständlich kann aber erst danach von der Ernennung eines Landesausschusses die Rede sein, dessen Aufgabe ja grade die Verwaltung des Fonds werden soll. Was schließlich die Wiederberufung des Kommunal-Landtages betrifft, so steht dieselbe, wie überhaupt die Einberufung der betreffenden ständischen Versammlungen in den neuen Landestheilen, für den nächsten Herbst bevor. — Bei der Bundes-Marine werden jetzt die Kriegsschiffe mit bedruckten Flaggen ausgerüstet. Über die Lieferung solcher Flaggen für die Werft zu Danzig hat die Marine-Behörde jetzt mit der Firma Plaut & Schreiber in Tczew abgeschlossen. — Das Programm für die in diesen Tagen hier abzuholende internationale Konferenz der Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger steht fest, daß jedes Zentralkomitee durch einen seiner Delegirten einen kurzen mündlichen Vortrag, welcher für das Protokoll zugleich schriftlich mitzutheilen ist, über die Hilfsvereins-Verhältnisse in seinem Lande zu erstatten hat. Als die Hauptpunkte, welche hierbei zu berücksichtigen sind, werden angegeben: Gegenstand und Grenzen der bisherigen Aufgabe des Vereins im Frieden und im Kriege; beabsichtigte weitere Aufgaben, namentlich in Bezug auf die Friedenshäufigkeit und die Hilfe im Seekriege; Vereins-Organisation; Mitgliederzahl; bisherige Erfahrungen in Bezug auf die Vorbereitung von Hilfsmitteln für das Bedürfniß im Kriege; Erfahrungen in Betreff der Sendung von Materialien und von Hilfspersonal, besonders Krankenpflegerinnen, auf den Kriegsschauplatz, der Einrichtung von Depots und der Pflege von Kranken und Verwundeten dort und im Inlande; Verhältniß des Vereins zu den staatlichen Behörden für das Militär-Sanitätswesen im Kriege und im Frieden u. s. w. Von Seiten des preußischen Zentralkomitees liegen folgende Vorschläge vor: 1) Auf Beihilfung an den Gefechten mittels eigens zu den Zwecken organisirter Vereinsambulanzen ist zu verzichten; 2) Anlage und Unterhaltung besonderer Vereinslazarette ist auf das Inland zu beschränken; 3) auf Kriegstheatern im Auslande ist die amtliche Krankenpflege personell und materiell zu unterstützen: a. auf den Schlachtfeldern nach dem Kampfe, b. bei dem Transport der Verwundeten und Kranken, c. in den Lazaretten; 4) behufs der materiellen Unterstützung sind Haupt- und Filialdepots von Gegenständen zur Krankenpflege im In- und Auslande anzulegen; im Inlande ist bedrohten Festungen besonders Rückicht zu widmen; 5) die Natural-Liebesgaben sind vor der Versendung sorgfältig zu prüfen; 6) der Beschaffung technischer Hilfsmittel sind möglichst die amtlichen Muster zu Grunde zu legen; 7) die Vereinstäglichkeit hat sich in allen Beziehungen planmäßig den

amtlichen Dispositionen anzuschließen; 8) alle Hilfsbestrebungen im Vaterlande sind möglichst unter einheitliche Leitung zu bringen und 9) bei der Thätigkeit auf den Kriegstheatern im Auslande ist Verständigung und gemeinsames Handeln mit den dortigen Hilfsvereinen möglichst zu erstreben.

Berlin, 18. April. Wie es im englischen Parlament einige hartnäckige Mitglieder giebt, die immer von Zeit zu Zeit dieselben Motiven wiederholen, so sammeln sich auch im Norddeutschen Reichstag allmählig derartige permanent auf der Tagesordnung erhaltene Anträge an. Der erste dieser Gattung war der Antrag auf Einführung der Nedrefreiheit, ihm gesellt sich nunmehr zu der Antrag auf Einsetzung von Bundesministerien. Dem Abg. Lasker, der sich gerne auf englische Vorgänge bezieht, scheint in der That etwas von der Art und Weise in der Erinnerung zu liegen, wie sich dort gelegentlich ein Antrag durch stete Wiederholung seinen Weg bahnt, zur allgemeinen Geltung gelangt und schließlich Gesetz wird. Sowohl bei der Debatte über die Nedrefreiheit als am Schlusse seiner Rede in der Freitagssitzung gab er die Versicherung ab, der Antrag werde immer wiederholt werden, bis er durchgesetzt sei. Unglücklicherweise ist es eine bekannte Erfahrung, daß englische Muster in der Nachahmung sehr leicht zu Karikaturen werden, und auch hier möchte vor einer farbigen Nachahmung des englischen Verfahrens eher zu warnen, als dazu zu ermuntern sein. Der außerordentlich große Unterschied in der Sachlage ist ja unmöglich zu übersehen. Im englischen Parlament handelt es sich jedesmal um den Antrag eines einzelnen oder einzelner Mitglieder, der sich allmählig die ihm zur Zeit noch mangelnde Majorität erkämpfen soll und der, sobald er dies gethan, seine Bestimmung erreicht hat, d. h. Parlamentsbeschuß geworden ist, dem nun die Zustimmung der Exekutive von selbst zufällt, gerade umgekehrt fängt bei uns die Sache an mit einem Parlamentsbeschuß, der durch alle Wiederholungen im Parlament nicht mehr werden kann, als was er schon von Haus ist und der auch gar keine Aussicht hat durch wiederholte Abstimmungen sich die Zustimmung eines Ministers, falls derselbe einmal seinen Widerspruch bestimmt fundgegeben hat, zu erobern. Was ganz übersehen zu werden scheint, ist, daß die Wahrscheinlichkeit oder wenigstens die Möglichkeit im ersten Fall allmählig die Zustimmung der Majorität zu erlangen in der That denkbar und vorhanden ist, denn die Versammlung ist einerseits nicht immer aus denselben Mitgliedern gebildet und sie unterliegt andererseits den Einflüssen von Zeit, Umständen und Interessen, welche alle Majoritäten beherrschen, jedenfalls in viel höherem Grade als ein einzelner an der Spitze der Geschäfte stehender Minister, der ohnehin, ohne sich selbst das größte Dementi zu ertheilen, eine so bestimmte geäußerte Meinung, wie Graf Bismarck sie fundgegeben, gar nicht revociren kann. Mit gutem Grund, dünkt uns, sagte dieser schon bei der Debatte über die Nedrefreiheit mit kaum verhehltem Unmut: wozu nötigen Sie mich, nachdem ich mich im vorigen Jahre ausgesprochen habe, dieselben Gründe hier nochmals vorzutragen? Diese dem auswärtigen Muster abkopierte, den Voraussetzungen des englischen Staatslebens aber nicht entsprechende Wiederholung derselben Antrags von Session zu Session hat für uns in der That die ganz andere Bedeutung, in der Hauptsache zwecklos zu sein und die geringe Macht des Parlaments, die man nicht erst zu beweisen braucht, wiederholt zu konstatiren. Für den Minister enthält sie außerdem noch die wenig schmeichelhafte Voraussetzung, daß der bloße mechanische Druck wiederholter Abstimmungen dessen Ansichten zu reformiren geeignet sei. Alle diese Erwägungen sollten unseres Erachtens dafür entscheidend sein, daß der Reichstag die Bundesministerfrage nach dem Verlauf, den dieselbe genommen, einstweilen vollständig ruhen läßt, Zeit und Umstände genau abwartend, wann dieselbe mit größerer Aussicht auf Erfolg wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Eine dringliche Nothwendigkeit für schleunige Erledigung wird sich schließlich doch in dieser Frage so wenig wie in der Nedrefreiheitsangelegenheit mit gutem Grund behaupten lassen. — Die „Kreuztg.“ bestätigt, was ich Ihnen bereits früher geschrieben, daß die Petroleumsteuer im Zollparlament und nicht im Reichstage zur Vorlage kommen wird. Bei dieser Gelegenheit darf ich wohl darauf aufmerksam machen, daß, nachdem alle Dementis unterrichteter Korrespondenten glücklich überstanden, die namentlich Alles über die Börsensteuer von mir Angedeutete für eitel Fabel und Kombination erklärt, nun mehr an den ursprünglich von mir bezeichneten Vorlagen, Branntwein-, Börsen-, Petroleum- und Gassteuer kein Mensch mehr zweifelt. Nach Allem, was man aus konservativen Kreisen hört, ist übrigens die Aussicht für die Branntweinsteuer trotz der neulichen Schwenkung der „Kreuztg.“ noch immer gleich Null.

— Der „Heidelberger Zeitung“ wird von hier offiziös gemeldet, daß die Verhandlungen wegen einer Uebereinkunft zwischen Baden und dem Norddeutschen Bunde bezüglich der gegenseitigen Ableistung der Militärpflicht in den resp. Heeren so weit gediehen sind, daß die Angelegenheit, Allem nach, noch in dieser Session des Reichstages zur Erledigung kommen wird. Zur vollständigen „Erledigung“ gehört aber, meint die „N. B. C. Z.“, jedenfalls auch das Votum der badischen Stände. — Am 15. d. M. starb nach nur kurzem Krankenlager der

Oberst a. D. früher Hofmarschall des Prinzen Wilhelm, Kommandator des Johanniter-Ordens und einer von den Wenigen, die noch das Eisene Kreuz 1 Klasse besaßen, Herr Adolf von Rochoff auf Stölpe.

Königsberg i. Pr., 17. April. Der Oberpräsident v. Horn ist von seiner Rundreise durch Masuren mit dem Elzuge von Insterburg diesen Morgen hier eingetroffen.

Nazburg, 17. April. Die „Lauenb. Ztg.“ meldet, daß über die Einverleibung Lauenburgs, in Folge des Beschlusses der Ritterschaft und Landschaft die lebhaftesten und eingehendsten Verhandlungen gepflogen werden, weshalb sich auch der Landmarschall augenblicklich in Berlin befände.

Mannheim, 17. April. Heute findet die Auswechselung der Missionen der revidirten Rheinschiffahrtsakte durch die Mitglieder der Rheinschiffahrts-Zentralkommission statt.

München, 17. April. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung bei der speziellen Beratung des Gesetzwurfs über die Verwaltungsgerichtsbarkeit den Artikel 1, welcher den Wirkungskreis der Verwaltungsgerichte feststellt, mit 68 gegen 65 Stimmen verworfen. Es ist damit das ganze Gesetz gesunken.

Oesterreich.

Wien, 18. April. (Tel.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heut in ihrem amtlichen Theile das kaiserliche Handschreiben an den Grafen Taaffe, durch welches derselbe unter Belastung seines Postens als Minister der Landesverteidigung zum Ministerpräsidenten des zisleithanschen Ministeriums ernannt wird. Die „Wiener Zeitung“ teilt hierzu mit, daß dieser Ernennung eingehende Erörterungen mit sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts vorangegangen seien, durch welche sich eine vollständige Übereinstimmung im Kabinett herausgestellt habe.

Prag, 15. April. In einer außerordentlichen Sitzung des juristischen Doktoren-Kollegiums hat dasselbe auf Antrag Dr. Gregor mit Stimmeneinhelligkeit folgenden Beschuß gefaßt: Das Kollegium sieht in der Absendung der Adresse an den Papst einen bedauerlichen Übergriff des Rektors, Prof. Schulte und des Senats. Es erklärt die Adresse als den Ausdruck der subjektiven Meinung der Mitglieder des Senats und nicht als den Anschauungen der Universität entsprechend; außerdem wurde ein Refur an das Ministerium beschlossen, welcher das „geschäftswidrige und rücksichtlose Vorgehen des Senats“, der sich sogar erlaubt, trotz der Fakultäts-Proteste im Namen der Universität Manifestationen zu erlassen, kritisiert. Die Debatte, an der Dr. Schmeykal, Dr. Gregr, Professor Schneider und Dr. Born teilnahmen, gab der hier herrschenden Stimmung gegen Dr. Schulte und den Senat Ausdruck.

Krakau, 16. April. Nach Wiener Berichten wird die Polen-Delegation im Falle ungünstiger Erledigung der Resolution sich von den gemeinsamen Delegations-Wahlen fernhalten, oder eventuell werden die Gewählten die Mandate nicht annehmen. Im Allgemeinen herrscht hier die Überzeugung, daß ein Kompromiß zwischen den Polen und der Regierung zu Stande kommen wird. Graf Goluchowskis Anwesenheit in Wien wird in unmittelbaren Zusammenhang mit der galizischen Frage gebracht. Nach dem „Czas“ hätte Graf Gulchows kleine lange Unterredung mit dem Minister Giszkra gehabt. — Dr. Libelt ist heute hier angekommen und enthusiastisch empfangen worden.

Belgien.

Brüssel, 17. April. (Tel.) Ingetroffenen Nachrichten zufolge ist die Arbeitseinstellung im Distrikt Vorinage noch nicht beendet, doch ist die Ruhe in keiner Weise gestört worden. Die Entfaltung von Militärmacht läßt erwarten, daß die Demonstration bald ihr Ende erreichen wird. Auch in den Kohlenwerken bei Charleroi haben die Arbeiter aufs neue die Arbeit eingestellt. Ruhestörungen sind indessen auch hier nicht vorgekommen.

— In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde seitens der Regierung die Erklärung abgegeben, daß Frankreich zu keiner Zeit einen Vorschlag oder irgend welche direkte oder indirekte Anregung in Betreff einer belgisch-französischen Zollvereinigung gemacht habe.

Frankreich.

Paris, 17. April. Im Gesetzgebenden Körper fand heute die Beratung des Budgets des Handelsministeriums statt. Géliot, Buffet, Kolb-Bernard und Brame wiesen auf die verderblichen Wirkungen des Handelsvertrages für die Industrie der nördlichen Departements hin. Der Handelsminister Gressier erwiederte, daß eine Kommission damit beauftragt sei, die Wirkung der Regime der zeitweisen Zulassungen ausländischer Handelsartikel zu prüfen. Wenn diese Zulassungen Ursache des Nebels seien, so werde die Regierung sie unterdrücken. Ihres verlangte eine Untersuchung Seitens des gesetzgebenden Körpers. Pouyer-Quertier forderte, daß man dem Lande das Recht einräume, die Zölle zu fixiren; auch verlangte er eine Kündigung der Handelsverträge. — Heute ist zwischen Daoud Pascha einerseits und der Gesellschaft der österreichischen Südbahn und dem Baron Hirsch andererseits eine Konvention unterzeichnet worden, durch welche dem Baron Hirsch die Konzession für das gesamte Netz der türkischen Eisenbahnen ertheilt und der österreichischen Südbahngesellschaft die Verwaltung derselben übertragen wird. — Wie „Gaulois“ meldet,

wurden Prinz und Prinzessin Karl von Preußen gestern vom Kaiser in den Tuilerien empfangen.

Am Ende der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde das Projekt über die Pensionen der alten Militärs vorgelegt. Die Anträge, welche der Staatsrat darin stellt, sind nicht so weitgehend, als es Anfangs hieß. Um ein Recht auf die Pension von 250 Fr. zu haben, muß man zum wenigsten zwei Jahre gedient, zwei Feldzüge gemacht oder eine ernste Verwundung gehabt haben, und außerdem darin, daß man sich in einer bedrängten Lage befindet. Die Militärs, welche bereits eine Pension haben, sind ohne Anspruch auf die 250 Fr. Nur im Falle, daß ihre Pension nicht 250 Fr. beträgt, erhalten sie eine Zulage, damit sie ebenfalls 250 Fr. jährlich haben. Die, welche Ansprüche auf die 250 Fr. haben, müssen also wenigstens 74 Jahre alt sein. Ein großer Theil, oder vielmehr der größte Theil der Ritter von St. Helena wird von der Maßregel ausgeschlossen sein und diese im Grunde genommen viel mehr Unzufriedene als Befriedete schaffen.

Paris. 18. April. (Tel.) Gestern fand eine dreistündige Konferenz zwischen dem Minister-Präsidenten Frère-Orban und den französischen Bevollmächtigten statt; letztere gaben, wie die „Patrie“ schreibt, die Erklärung ab, daß Frankreich von einem anderen Gesichtspunkte ausgehe, als die belgische Regierung und daß die Interessen, welche Frankreich wahrzunehmen habe, ihm nicht gestatten, seine Ansicht zu ändern. Die Konferenz wird nach Vottrung des Budgets des Handelsministeriums im gesetzgebenden Körper wieder aufgenommen werden.

Spanien.

Es ist ein böses Zeichen für die spanische Herrschaft auf Kuba, wenn ein Minister — wie dies Serrano vor den Cortes gethan — einräumen muß, daß die Lage sich verschlimmere. Ein solches Eingeständniß ist noch nicht dagewesen; das Gegentheil aber, die Behauptung, daß der Aufruhr dem Ende nahe sei, um so öfter von der Regierung ausgesprochen worden. Wie die Aufständischen selbst die Aussichten darstellen, geht aus einem Schriftstück hervor, welches Cespedes, der Leiter der „provisorischen Regierung“ Kubas, an den Präsidenten Grant gerichtet und durch eine formelle Gesandtschaft unter Führung von Morales Lemus nach Washington überschickt hat. Cespedes sagt darin die Gründe auseinander, weshalb die Vereinigten Staaten die kubanischen Aufständischen als kriegsführende Macht anerkennen sollten; es heißt u. A.:

„Neunzehn Zwanzigstel der Bewohner Kubas beten für den Erfolg der Heere der kubanischen Republik; nur der einzige Mangel an Waffen und Munition hält sie unter dem tyrannischen Joch Spaniens. Die Republik hat tatsächlich 70,000 Mann im Felde stehen. Die Waffen und die Autorität der Republik Kuba erfreuen sich über zwei Drittel des geographischen Flächeninhaltes der Insel und eine große Mehrheit der Bevölkerung. Gegenwärtig wird für die Republik Kuba eine Zitadelle gebaut, welche an Zahl und Tüchtigkeit die vor dem Kriege in kubanischen Gewässern unterhaltene spanische Flotte übertragt. Der Aufstand ist nicht das Werk einiger Unzufriedenheit sondern die großartige Erhebung eines nach Freiheit durstenden Volkes. Die Republik Kuba tritt blos in die Fußstapfen Spaniens in dem Bemühen, tyrannische Herrscher zu vertreiben und Führer ihrer eigenen Wahl anzunehmen. Allein das Volk Kubas hat zehnmal mehr Recht dazu, als Spanien es hatte, weil Kuba ein Bevölkerer ihm ohne seine Zustimmung aus fremdem Lande geschickt wurden und mit ihrem zahlreichen Gefolge durch den Schweiz der Bewohner unterhalten werden müssen.“

Morales Lemus befindet sich noch in Washington, hat aber noch keine amtliche Zusammenkunft mit der Regierung gehabt. Während das Repräsentantenhaus den bekannten Antrag des Generals Banks genehmigte, welcher es dem Präsidenten anheimstellt, die Unabhängigkeit Kubas zu gelegerter Zeit anzuerkennen, hat die Regierung aus dem vielleicht willkommenen Anlaß eines Befreiungsversuches des Unions-Konsuls Rodriksen mit den spanischen Behörden auf Kuba eine Verstärkung des nordatlantischen Geschwaders um drei Panzerschiffe und ebenso viele Thurmsschiffe angeordnet; dieselben begeben sich ungesäumt in die westindischen Gewässer, wohin sich schon fast das ganze Geschwader unter dem Befehle des Kontre-Admirals Hoff zusammengesogen hat. Außerdem berichtet der spanische Konsul in Newyork nach Madrid, daß neue Expeditionen zur Unterstützung des Aufstandes in nordamerikanischen Häfen ausgerüstet werden, ohne daß die Behörden sich bemühen, Kenntnis von ihnen zu nehmen. Unter diesen vielen übeln Umständen ist der zukünftige Besitz der Perle der Antillen für Spanien eine sehr zweifelhafte Sache, und es dürfte von geringem Gewichte sein, daß im Lande alle Parteien, auch die eisrichtigen Republikaner, einstimmig sich für die Notwendigkeit erklären, Kuba um jeden Preis festzuhalten. Ob Castellar, der sich noch kürzlich in dieser Richtung ausgesprochen, damit seinen republikanischen Überzeugungen folgerichtig getreu bleibt, ist eine andere Frage; die Regierung aber hat den einen Vortheil, daß sie bei Truppen und Geldforderungen zur Unterdrückung der Empörung nicht auf Widerstand stößt. (K. 3.)

Madrid. 17. April. (Tel.) In der heutigen Cortessitzung wurde Artikel 4 des Verfassungsentwurfs angenommen und die Diskussion des Art. 5 begonnen. Gestern Abend fand großer Ministerrath statt, in welchem man die den Zolltarif betreffenden Fragen behandelte. Es wurde ein Ausschuß ernannt, der mit General Prim und mit dem Finanzminister konferiren soll. „Imparcial“ meint hierzu, es werde ein Uebereinkommen erzielt werden und es könne aus der Frage ein Ministerwechsel nicht hervorgerufen. — Wiederholte Besprechungen von Mitgliedern der Majorität der Cortes haben zu dem Ergebniß geführt, daß die Frage der Thronkandidaturen vorerst ganz ruhen solle. Zunächst soll das Verfassungswerk zu Ende geführt werden. Ebenso sollen alle auf die Kolonien bezüglichen Fragen bis zum kommenden Monate, in welchem man die Ankunft der überseeischen Deputirten erwartet, vertagt bleiben. Mit Rücksicht hierauf wurde auch der Antrag Garridos auf Abschaffung der Sklaverei auf den Antillen in der gestrigen Sitzung von der Lagesordnung abgesetzt. — Nach anderen Nachrichten (die jedoch wohl noch sehr der Bestätigung bedürfen) hat sich Prim mit den Republikanern in Verbindung gesetzt; er hatte am 13. eine entscheidende Besprechung mit Castellar, nach welcher die Bekündung der Republik als nahe bevorstehend angesehen werden kann.

Portugal.

Lissabon. 16. April. (Tel.) Wie aus Rio de Janeiro vom 24. v. Mts. gemeldet wird, ist der Graf von Gu zum Generalissimus der brasiliensischen Armee ernannt worden. — Vom Kriegsschauplatz wird mitgetheilt, daß Lopez an der Spitze von 7000 Mann sich in Askurra verschanzt hat.

Italien.

Florenz. 16. April. Der Auslieferungsvertrag zwischen

Italien und Belgien ist gestern in Brüssel unterzeichnet worden.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer fand die Berathung des Gesetzentwurfs statt, betreffend die Aushebung der gesetzlichen Bestimmungen, wonach die jungen Leute, welche sich dem Priesteramt der katholischen Kirche oder anderer Religionsgesellschaften widmen sollen, vom Militärdienste befreit sind. Lamarmora sprach gegen den Gesetzentwurf, weil derselbe für die Interessen der Religion, welche eine der Hauptstühlen der nationalen Macht bilde, nachtheilig sei. Menabrea erwiderete, bei Einbringung des Gesetzentwurfs habe keineswegs die Absicht obgewaltet, irgend welchen Druck auf die Geistlichkeit oder irgend welche Feindseligkeit gegen dieselbe zu üben. Die Durchführung des Grundzuges der bürgerlichen und staatlichen Freiheit und Gleichheit sei das einzige Prinzip gewesen. — Wie verlautet, hat der Finanzminister, Graf Cambray-Digny, eine Finanzoperation mit der Nationalbank und italienischen Banquiers zu Stande gebracht. Die Unterhandlungen mit den französischen Banquiers sollen abgebrochen sein; ihre Vertreter verlassen Florenz heute Abend. — Guten Vernehmen nach wird der Herzog von Asturias in nächster Zeit, jedoch nicht mit dem Geschwader, nach Lissabon gehen.

Rom. 17. April. (Tel.) Gestern ist der Großfürst Wladimir von Russland hier eingetroffen. Der Graf und die Gräfin Girgenti werden in diesen Tagen erwartet.

Großbritannien und Irland.

London. Reuters Bureau meldet aus Zanzibar vom 1. Januar, daß Livingstone sich auf der Rückreise nach England befindet. — Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß Lopez sich nach den Gebirgsgegenden hingewendet hat und seine Streitkräfte auf 5000 bis 7000 Mann veranschlagt werden.

Dänemark.

Kopenhagen. 18. April. (Tel.) Der Kriegsminister General Raasjö ist heute aus Newyork wieder hier eingetroffen.

Aufland und Polen.

Petersburg. 17. April. Der russischen Telegraphen-Agentur wird aus Volta (Krim) vom 15. d. M. gemeldet: Heute ist der Prinz von Wales per Dampfer von hier nach Konstantinopel abgereist. — Die russische Regierung hat an die Mächte, welche den Pariser Vertrag von 1856 unterzeichnet haben, eine Note in Betreff des türkischen Indigenats gerichtet, worin sie gegen das Gesetz der Pforte vom Januar d. J. bezüglich der türkischen Untertanen, welche den Schutz der fremden Konsuln unter dem falschen Vorwande der Nationalität nachsuchen, Protest erhebt. Russland wünscht eine Einigung der Mächte über diesen Gegenstand, hält jedoch behufs dessen eine Konferenz nicht für nothwendig.

Türkei und Donaupræstenthümer.

Bukarest. 17. April. Nach einem Uebereinkommen mit der ungarischen Regierung ist eine gemischte Kommission ernannt worden, um die zwischen Ungarn und Rumänen entstandenen Grenzstreitigkeiten auszugleichen. — Um die Verstärkung der Arme erforderliche Grundlage zu gewinnen, ist eine neue Volkszählung angeordnet worden. — Der Fürst Karl ist heute nach Bassa abgereist.

Alexandrien. 9. April. Zur Untersuchung des Attentats gegen den Vizekönig von Egypten ist eine aus den Konsuln Frankreichs, Englands, Österreichs, Italiens und Griechenlands und dem Polizeipräfekten von Kairo bestehende Kommission eingesetzt.

Vom Vizekönig von Egypten wird eine zentral-afrikanische Expedition projektiert und als der erste organisierte Versuch der egyptischen Regierung bezeichnet, dem schmählichen Sklavenhandel am Weissen Nil endlich ein Ziel zu setzen und das durch die großen Seen bewässerte Land dem legitimen Handel zu eröffnen. Mit der Ausführung ist Sir Samuel Baker beauftragt und von der egyptischen Regierung mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Er ist ermächtigt, das ganze ungeheure Gebiet zwischen Gondokoro im 4° 55' nördlich und der südlichen Ausdehnung des Albert Nyanza Sees, etwa 2° südlich, im Namen des Vizekönigs in Besitz zu nehmen, und wird die Expedition zu diesem Behufe mit einer genügenden Anzahl von Truppen, Dampfern, Booten und Vorräthen jeglicher Art ausgerüstet. Die erste Maßregel dieses berühmten Afrikareisenden dürfte ein strenges Verbot gegen die Abfahrt von Fahrzeugen von dem Orte Khartoum sein, welcher das ganze Emporium des Sklavenhandels bildet und von wo beständig Konsignationen menschlicher Wesen nach Egypten und dem rothen Meere expediert werden. Dann wird die Bildung einer Kette von theils militärischen, theils kommerziellen Stationen beabsichtigt, die sich von Gondokoro bis zur äußersten Ausdehnung des Albert Nyanza Sees erstrecken und unter Aufsicht von Agenten, ähnlich denen der Hudsons Bay-Kompagnie, gestellt werden, deren Aufgabe es sein soll, mit den Einwohnern des Landes einen lebhaften Tauschhandel zu eröffnen. Durch diese und andere Mittel hofft Sir Samuel Baker das ganze Gebiet in kürzester Zeit unter egyptische Botmäßigkeit zu bringen, und den Sklavenhandel an seiner Quelle für ewige Zeiten zu unterdrücken.

Amerika.

Aus New-York schreibt man: Allgemein bekannt ist, daß, nachdem Präsident Grant den reichsten und geachteten Kaufmann unserer City, A. T. Stewart, zum Finanzminister ernannt hatte, ein veralteter Gesetzesparagraph hervorgeholt und gegen die Anstellung eines Geschäftsmannes geltend gemacht wurde. Wenige indessen wissen, welche Anerbietungen A. T. Stewart gemacht hat, um, weit erhaben über jedes eigennützige Motiv, mit patriotischem Eifer seinem Adoptivlande zu nützen, und, wie in seinem organisatorischen Kopfe es bereits klar lag, dessen Finanzen durch Sparsamkeit, Ausbeutung der unermesslichen natürlichen Hülfsquellen und Abzahlung der Nationalschuld zur höchsten Blüthe emporzuheben. Er offerierte nichts Geringeres, als sein kolossales Geschäft an Andere zu zedieren und den vollen Ertrag desselben, den die Einen auf 5, die Andern auf 8 Millionen Thaler jährlich schätzen, wohlthätigen Zwecken zu widmen. Das Anerbieten konnte den Kongress nicht befriedigen. Aus der politischen Umgebung in Washington nach seinen Handelspalästen hier zurückgekehrt, hat er jetzt seinen längst gelegten Plan, einen Theil seines Reichthums dem öffentlichen Wohle zu-

zuwenden, zur Reife gebracht. Nicht die bisher unerreichte Großmuth eines George Peabody, noch die bedeutendsten Stiftungen wie die eines Christ's Hospitals in London, in welchem Coleridge und Lamb erzogen wurden, hält einen Vergleich aus mit dem was unser Mitbürger A. T. Stewart jetzt zu thun sich bereit erklärt hat. Er gibt 3 Mill. Dollars zur Errichtung eines Hotels oder Asyls für junge Arbeiterinnen, in welchem dieselben für die Hälfte des Preises, den sie für schlechte und ungesunde Wohnungen zahlen, ein gutes Unterkommen und Befestigung finden, und noch 3 Mill. Dollars für ein eben solches für junge Handlungsdiener. In Anbetracht, daß Mr. A. T. Stewart vorzüglich dem weiblichen Geschlecht die enorme Ausdehnung seines Geschäfts verdankt, wird das Hotel für Arbeiterinnen zuerst fertig gestellt, es wird 600 geräumige Zimmer, Bäder, Speise-, Bibliothek-, Lese- und Gesellschaftsräume und jeden denkbaren Komfort enthalten. Der Bau hat bereits begonnen und wird binnen Jahresfrist vollendet sein.

Washington. 16. April. (Tel.) Der Senat hat die Ernennung des Ex-Gouverneurs Curtin zum Gesandten in Petersburg bestätigt.

Norddeutscher Reichstag.

21. Sitzung.

Berlin. 17. April. Eröffnung um 11½ Uhr. Am Tische des Bundesrates: Delbrück u. A. Neu eingetreten ist u. A. Abg. Mende. — Abg. Cornely referirt für die Geschäftsordnungskommission über den Antrag des Grafen Schwerin, betreffend einen Zusatz zu § 32 der Geschäftsordnung. Die Kommission hat sich mit dem Antrage im Allgemeinen einverstanden erklärt und schlägt folgende Fassung vor: „In der Regel findet in jeder Woche an einem bestimmten Tage eine Sitzung statt, in welcher an erster Stelle die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge und die zur Erörterung im Plenum gelangenden Petitionen erledigt werden. Auf die Tagordnung dieser Sitzung werden die vorliegenden Anträge und Petitionen in der Reihenfolge gebracht, in welcher sie eingegangen, beziehentlich zur Verhandlung im Plenum vorbereitet sind. Eine Entfernung von der Stelle der Sitzordnung, welche ihnen nach der Priorität gebührt, kann nur beschlossen werden, wenn nicht bei Anträgen von dem Antragsteller und bei Petitionen von dreifig Mitgliedern widergesprochen wird.“

Graf Schwerin erklärt sich mit dieser Fassung einverstanden und zieht seinen Antrag zu Gunsten derselben zurück. — Abg. v. Seydelwitz (Bitterfeld) erklärt sich gegen diesen Antrag, da er kein Bedürfnis dafür anerkennen kann. Die bisherige Geschäftsordnung genügt vollkommen; fass alle Petitionen waren damit erledigt worden. — Abg. Dr. Schleiden empfiehlt den Antrag.

Abg. v. Behrmann-Hollweg erklärt sich dagegen. Wenn der Reichstag spazieren ginge, anstatt zu arbeiten, oder wenn auch die Regierungen in der Lage wären, einen bestimmten Tag für die Berathung ihrer Vorlagen zu beanspruchen, dann ließe sich ein solcher Vorschlag wohl hören. Wie die Bevöltnisse aber liegen, dürfe man die Majorität des Hauses nicht im Vorau vinführen. Der Antrag, wie er vorliege, habe aber eigentlich gar keine Bedeutung; denn was bedeutet denn „in der Regel?“ Da könne man ja alle Tage durch Majoritätsbeschluß davon abgehen.

Abg. Zweifel: Wir halten die Majorität für verpflichtet, der Minorität das Wort zu gönnen. Das soll durch den Antrag ein für alle Mal festgelegt werden.

Abg. Graf Kleist bittet, den Antrag abzulehnen, da er mit Bezug auf die Petitionen unausführbar sei. Bei weitem nicht alle Petitionen kommen in die Petitionscommission zur Berathung, viele bezügen sich auf bestimmte Gesetzesvorlagen. Man könne aber doch dem Präsidenten nicht zumutzen, jeder Petition auf Schrift und Tritt nachzugehen, um zu sehen, wo sie geblieben sei.

Abg. Becker (Dortmund) ist für den Antrag. Bisher waren allerdings im Reichstage die Petitionen ziemlich glimpflich weggekommen im Verhältnis zu der Behandlung derselben im preußischen Abgeordnetenhaus. Der Antrag soll aber eine Maßregel schaffen, um das Petitionsrecht ein für alle Mal zu respektieren. Das soll wir uns und dem Lande schuldig.

Abg. Graf Bassewitz wundert sich, daß man sich von der linken Seite gerade über die schlechte Behandlung der Petitionen beschwere, da man doch in der vorigen Session alle gegen die Gewerbefreiheit gerichteten Petitionen totgeschwiegen und dann durch Herrn Laskers Notgewerbebeschluß bestellt habe. Er ist gegen den Antrag.

Abg. Wagener (Neustettin) wird für den Antrag stimmen. Man müsse alle Geschäftsordnungsfragen behandeln in der Vorauseitung, daß, wenn man auch heute die Majorität hat, man wieder einmal in die Minorität kommen könne, daß man heute Hammer, morgen Ambos sein kann. Redner erinnert an die Stellung der konserватiven Minorität von 25 Mann im preußischen Abgeordnetenhaus; damals wäre es für die Minorität sehr wünschenswert gewesen, wenn man eine solche Bestimmung in der Geschäftsordnung gehabt hätte.

Nachdem Abg. Cornely den Kommissionsantrag nochmals befürwortet, welcher die dem Reichstag in der Gesetzgebung zustehende Initiative fördern soll, wird der Antrag mit großer Majorität angenommen; desgleichen der folgende Antrag: „Vor Schluss der ersten Berathung (§ 16 der Geschäftsordnung) auf der Vorlage selbst bezügliche Abänderungsvorschläge einzubringen, ist nach der Bestimmung der Geschäftsordnung nicht gestattet.“ Darauf wird die zweite Berathung der Gewerbeordnung fortgesetzt, die bei § 35 unterbrochen war. Dieser Paragraph legt in der Vorlage den Centralbehörden die Befugnisse bei, die Vorschriften über den Betrieb der konzessionirten Gewerbe aufzubeben, abzändern oder zu ergänzen, und wo solche Vorschriften nicht bestehen, solche zu erlassen.

Abg. Hennig erklärt sich bereit, in Folge der neulichen Ausführungen des Präsidenten Delbrück, seinen Antrag auf Streichung des § 35 zurückzuziehen; dagegen siehe der Wortlaut der Vorlage in Widerspruch mit der angenommenen Fassung des § 34; er beantragt daher den § 35 so zu fassen:

Die Centralbehörden sind befugt, Vorschriften darüber zu erlassen, in welcher Weise die nachstehend bezeichneten Gewerbetreibenden ihre Bücher zu führen und welcher polizeilichen Kontrolle über Umfang und Art ihres Geschäftsbetriebes sie sich zu unterwerfen haben: 1) die Pfandleiter; 2) diejenigen, welche Hand mit gebrauchten Kleidern, gebrauchter Wäsche, gebrauchten Bettw. oder den Kleinhandel mit altem Metallgeräth oder Metallbruch betreiben oder mit Garnabfällen, Enden oder Dräumen von Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen handeln.“

In dieser Gestalt wird der § 35 angenommen; ebenso ohne Diskussion § 36, welcher lautet: „Die Landesgesetze können die Einrichtung von Feuerbezirken gestatten. Jedoch ist, wo Feuerbezirke bestehen oder eingerichtet werden, die höhere Verwaltungsbörde, soweit nicht Privatrechte entgegenstehen, befugt, die Feuerbezirke aufzuheben oder zu verändern, ohne daß deshalb den Bezirks-Schornsteinfegern ein Widerspruchrecht oder ein Anspruch auf Entschädigung zusteht.“

§ 37 lautet: Die in den §§ 29 bis 33 und im § 34 unter 1 und 2 erwähnten Approbationen und Genehmigungen sind vorbehaltlich der Bestimmungen der §§ 51 und 52 und 157 bis 160 unwiderruflich.

Runge und v. Hennig beantragen, dem Paragraphen folgende Fassung zu geben: Die in den §§ 29 bis 34 Absatz 1 erwähnten Approbationen und Genehmigungen dürfen weder auf Zeit ertheilt, noch vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 51, 52 und 157 bis 160 widerrufen werden.

Abg. Lasker will als Absatz 2 hinzufügen: „Gegen Verfügung der Genehmigung zum Betrieb eines der in den §§ 30, 32, 33 und 34 erwähnten Gewerbe ist der Rekurs zulässig. Wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften des § 21a.“

Präf. Delbrück will in Konsequenz der Annahme des Laskerischen Antrages zu § 21 über das Verfahren bezüglich des Rekurses dem Amte Lasker nicht entgegentreten, giebt aber anheim, zu erwarten, ob die Bestimmung nicht auf diejenigen Fragen zu beschränken sei, wo es sich um Prüfung von Thatshächen, nicht aber um Beurtheilung persönlicher Eigenschaften des Konzessionsnachsuchenden handele.

Abg. Lasker giebt zu, daß eine

für das kontraktionsche Verfahren eignen würde, glaubt aber die Feststellung einer Grenze der Praxis überlassen zu sollen.

Der § 37 wird hierauf nach den Anträgen Runge, Hennig und Lasker mit großer Majorität angenommen.

Die §§ 38–52 enthalten die Bestimmungen über Umsfang, Ausübung und Verlust der Gewerbesbefreiung.

§ 38 lautet: Die Befreiung zum selbständigen Betriebe eines stehenden Gewerbes begreift das Recht in sich, in beliebiger Zahl Gesellen, Gehilfen, Arbeiter jeder Art und, soweit die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes nicht entgegenstehen, Lehrlinge anzunehmen. In der Wahl des Arbeits- und Hilfspersonals finden keine anderen Beschränkungen statt, als die durch das gegenwärtige Gesetz festgestellten. In Betreff der Berechtigung der Apotheker, Gehilfen und Lehrlinge anzunehmen, bewendet es bei den Bestimmungen der Landesgesetze. Derselbe wird ohne Debatte genehmigt, dagegen § 39: Wer zum selbständigen Betriebe eines stehenden Gewerbes befugt ist, darf dasselbe am Orte seiner gewerblichen Niederlassung und, soweit nicht die Vorschriften des dritten Titels eine polizeiliche Erlaubnis erfordern, auch außerhalb dieses Ortes ausüben.

§ 40. Durch Ortspolizei-Verordnung kann bestimmt werden, daß Gewerbetreibende, welche am Orte eine gewerbliche Niederlassung haben, wenn sie die Gegenstände ihres Gewerbes zum Verkauf umhertragen oder gewerbliche oder künstlerische Leistungen, oder Schaustellungen außerhalb ihres Betriebsstätte feilstellen wollen, einer besonderen polizeilichen Erlaubnis bedürfen. Durch Ortspolizei-Verordnung kann ferner bestimmt werden, welche Gegenstände, Leistungen oder Schaustellungen auf solche Weise feilgeboten werden dürfen.

Die Abg. Runge, v. Hennig und v. Schweizer beantragen den Paragraphen 40 zu streichen.

Abg. Miquel hält die Streichung für dringend notwendig, da die Befreiung, welche der Paragraph in die Hand der Polizei lege, geradezu gefährlich sei. Die Bestimmung sei aber auch überflüssig, weil da, wo es sich um Strafen- und Sicherheitspolizei handele, das Recht der Behörde, Anordnungen zu treffen, unzweckmäßig sei, jeden Weitergeben aber zu Missbrauchen führe. In Hannover habe eine solche Beschränkung nie bestanden, und doch sei niemals eine Unzulässigkeit deshalb zu Tage getreten.

B.-Komm. Michaelis hält die Aufrechterhaltung der Bestimmung für notwendig; es handle sich nicht sowohl um die Freiheit des Straßenverkehrs als um das Überschreiten des freien Verkehrs in das Innere des Hauses. Hier komme neben dem Interesse des Gewerbetreibenden auch das der Wohnungsinhaber, ihre Wohnungen von Einbrechern aller Art frei zu halten in Frage, es sei gewiss möglich eine Abgrenzung des Haubrechts und des Gewerberechts. Schon die Sittlichkeit gebiete, gewissen Personen nicht den freien Zugang in allen Wohnungen und Familien zu gestatten. Ein Missbrauch sei nicht zu befürchten von einer Behörde, die fortwährend unter dem Druck und der Kontrolle der öffentlichen Meinung steht.

Abg. v. Rabenau: Es handelt sich hier nicht um das Haubrecht. Wenn einem Prostituierte ins Haus kommen, so wird man bald sein Haubrecht brauchen. Beschränkungen, wie die vorliegenden, sind mit den freieren Zuständen einzelner Staaten des Bundes unvereinbar; ich hoffe, daß wenigstens in die Gewerbeordnung noch eine Bestimmung aufgenommen wird, welche es den Einzelstaaten ermöglicht, größere Freiheiten zu gewähren, als sie in der Gewerbeordnung enthalten sind. Auch Abg. v. Luck erklärt sich für Streichung des Paragraphen; § 40 wird einstimmig bestätigt.

§ 41 lautet: Wer Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ausruft, verkauft, vertheilt, anheftet oder anschlägt will, bedarf dazu einer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde und hat die über diese Erlaubnis ausgestellte, auf seinen Namen lautende schriftliche Bescheinigung bei sich zu führen. Die Erlaubnis kann jederzeit zurückgenommen werden.

Abg. Lasker beantragt statt der Worte: „bedarf dazu u. s. w.“ bis zu Ende des Paragraphen, zu sagen: muß spätestens vierundzwanzig Stunden vor dem Beginn des Betriebes hiervon der zuständigen Behörde Anzeige machen, welche hierüber eine auf den Namen des Nachkommenden auszustellende, mindestens auf ein Jahr gültige Bescheinigung zu ertheilen hat. Derselbe darf Personen, welche das sechzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, nicht versagt werden. Der Inhaber der Bescheinigung ist verpflichtet, diese während der tatsächlichen Ausübung des Gewerbes bei sich zu führen, auf Erforder der zuständigen Behörde vorzuzeigen, und sofern er hierzu nicht im Stande ist, auf Geheiz der Behörde den Betrieb bis zur Abhilfe des Mangels einzustellen.

Abg. v. Schweizer beantragt, den § 41 zu streichen. — Abg. Fries: Die Beschränkung, welche die Vorlage enthält, muß bestätigt werden. Sie ist überflüssig und in dem größten Theil der Norddeutschen Staaten neu.

B.-Komm. Michaelis: Die Bestimmung des § ist in dem größten Theil des Bundesgebietes bereits in Kraft. Die Notwendigkeit derselben ist begründet durch die Missstände, welche sich durch den freien Verkehr der sogenannten fliegenden Buchhändler herausgestellt haben.

Abg. v. Hennig: Die Beschränkung steht in engem Zusammenhang mit allen übrigen Beschränkungen des Pressegewerbes; man hat durch dieselben in Beiträgen gewisse Nachtheile zu beseitigen gesucht und doch wird jeder anerkennen müssen, daß dadurch noch niemals Segen gesetzt worden ist, sondern Schaden, indem man die Bildung des Volkes verbittert und folglich zurückhielt. Die Polizei vindictiert sich das Recht, zu beurtheilen, welches die geeigneten Bildungsmittel für das Volk sind, ohne dazu doch im Geringsten befugt oder befähigt zu sein; das Einzigste, was man erreicht, ist, daß man die Polizei in politische Parteiaffälligkeiten hineinzieht. Ich bitte Sie, beseitigen Sie die Hinterlassenschaft einer trüben Zeit, und bahnen Sie auch hier die Freiheit einer Gasse.“

Abg. Braun (Wiesbaden) ist gleichfalls für Befreiung des sog. fliegenden Buchhandels, der durchaus kein vorwiegend radikales Institut sei, wie man von einer Seite anzunehmen scheine. In allen europäischen Großstädten blüht der fliegende Buchhandel, selbst in Städten, die viel weniger Einwohner als Berlin haben; und auch von Seiten der konservativen Partei wird dieser Handel durchaus nicht mit schlechten Augen angesehen, da er auch ihren Interessen vortheilhaft ist. In diesen konservativen Blättern wird ja gerade soviel darüber geflacht, daß die Zeitungen nur noch bloße Spekulations-Unternehmungen wären, daß man nur danach schreibe, aus den Inseraten Gewinn zu ziehen, so daß die politischen Rücksichten in den Hintergrund gedrängt und nur der Gelderwerb die Hauptfahrt für die Zeitungsunternehmer wäre. Man sagt, daß, weil hier in Berlin die Fortschrittspartei die Majorität habe, die Zeitungen genötigt wären, im Sinne der Fortschrittspartei zu schreiben, weil sie sonst keine Inserate bekommen würden. Der fliegende Buchhandel ist nun gerade das wirksame Mittel, um dieser Inseratenwirtschaft entgegenzuwirken. Gerade durch die Verbreitung von Flugblättern, deren Inhalt nur nach der Sache selbst abgesessen wird, wird die politische Bildung mehr befördert werden, als durch bloße Inseratenblätter. Der Konsum der Zeitungen nimmt dadurch zu, die Sache wird dem Publikum viel bequemer gemacht. In Paris und London giebt es eine Menge Zeitungleser, die auf keine bestimmte Zeitung abonniert haben, sondern je nach Bedürfnis bald die, bald jene Zeitung kaufen. Warum sollen wir dieses Förderungsmittel der Kultur, der Politik und der wirtschaftlichen Entwicklung, dieses sozialen Hebels, den alle übrigen Nationen haben, beraubt sein? Der § 41 macht den Betrieb des Gewerbes aber von einer besonderen Koncession abhängig, der natürlich eine subtile Prüfung der Person, des Ortes und des Gegenstandes der Kolportage vorausgehen muß. Dies erfordert ungemein die wirtschaftliche Tätigkeit und man sieht lieber ganz von dem Betrieb eines solchen Gewerbes ab, als daß man sich in solche lästige Verhandlungen mit der Polizei einläßt. Den besten Beweis dafür haben wir in Berlin, wo kein fliegender Buchhändler existiert, obgleich die Erlaubnis dazu gegeben werden kann. Nun ist es richtig, daß eine gewisse Kontrolle wünschenswert ist, da mit diesem Mittel sehr verdächtiger Missbrauch getrieben werden kann; dies wird aber wünschamer geschehen können durch das Anmeldesystem, wie es der Abg. Lasker vorschlägt, als durch das Konzessionsystem.

Abg. Wagner (Neustadt) Aus den Ausführungen des Vorredners er sieht man, daß er nie zu den professionellen Zeitungsschreibern gehört hat. Ich habe auf diesem Gebiete bestimmte Erfahrungen gemacht, und bin hier nach der Überzeugung, daß die Freigabe des fliegenden Buchhandels gerade ein Nachteil für die konservative Blätter sein würde. Denn der fliegende Buchhändler ist von Geburt und Erziehung Fortschrittsmann (Heiterkeit); und die konservative Presse hat also von dieser Seite nichts zu erwarten. Unser Publikum ist nicht so, daß es beim Kauf der Zeitung darauf Rücksicht nimmt, etwa seine geistige Nahrung zu verfeinern oder zu angreifen; sondern jeder kauft auf den Bahnhöfen die Zeitung, die er zu lesen pflegt. Es kauft nicht ein Fortschrittsmann die „Kreuzzeitung“ (Ruf:

ja wohl! ja wohl! Heiterkeit). Trotzdem bin ich durchaus nicht prinzipieller Gegner des fliegenden Buchhandels. Daß derselbe bei uns nicht in der Blüte steht, wie anderwärts, liegt darin, daß unsere Zeitungsindustrie noch nicht auf dem Punkte steht, wie z. B. in London, daß wir in der Entwicklung der Presse noch zurück sind. Allerdings bin ich auch der Meinung, daß dieser Paragraph der Willkür der Polizei-Behörde zu sehr Thür und Thor öffnet. Dies möchte auch ich geändert wissen, weil die praktische Erfahrung lehrt, daß ein Polizei-Präsident unter Umständen auch konservative Zeitungen verbieten und konservative Flugblätter unterstützen könnte. Ich würde deshalb dem Antrag Lasker bestimmen, wenn derselbe noch den Busch bekäme, daß für die Betreiber dieses Gewerbes dieselben Erfordernisse verlangt würden, die für den Gewerbebetrieb im Umkehrten verlangt werden.

Abg. Lasker: Der Abg. Wagner würde also gegen meinen Antrag stimmen, wenn er nicht fürchte, daß auch einmal ein konservatives Flugblatt konfisziert werden könnte; sonst hat er also kein Interesse an der Gewährung von Freiheit. Unter Freiheitsinteresse ist allerdings ein allgemeines und prinzipielles. Wir haben durchaus nichts dagegen, daß ein fliegender Buchhändler sich auch einmal der Ideen des Herrn Wagner bemächtigt und den Beruf macht, wie weit eine Überzeugung davon auch einmal dem gefunden Menschenstand beigebracht werden kann. (Heiterkeit.) Mit dem Haushaltsgewerbe hat dieser Gewerbebetrieb gar nichts zu thun; der fliegende Buchhändler dringt ja nicht in die Häuser ein; es ist also auch kein Grund vorhanden, von ihm die Garantien zu erlangen, die man vom Haushalt verlangt. Will er wirklich außerhalb noch hausten, nun dann muß er sich einen besonderen Haustschein lösen.

Abg. Miquel ist für gänzliche Streichung des Paragraphen; das Ammentement Lasker bestimmt den Gewerbebetrieb noch zu sehr. Das fragliche Gewerbe gehört ja zu den stehenden Gewerben; die allgemeinen Bestimmungen hierfür sind also auch hier maßgebend; das Gewerbe ist anzumelden; das ist vollkommen genügend.

Abg. Grumbrecht: Ich bin wahrhaftig nicht so übermäßig für weitgehende Freiheiten (stürmische Zustimmung), da ich den Nachteil der Freiheit einsehe (Gelächter); ich bin deshalb auch nicht aus Prinzip für die Freiheit, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen und wünsche die Streichung des Paragraphen.

Abg. Braun (Wiesbaden): Die Folge der Streichung könnte leicht sein, daß die Regierungen der Einzelstaaten diesen Punkt jede für sich ordneten und noch salzmässige Beschränkungen festsetzen; denn man könnte sehr leicht argumentieren, daß dies gar nicht in den Bereich der Gewerbegefegebung fällt, sondern zur Kompetenz der Straßen- und Kommunalpolizei etc. gehört. — Der Abg. Wagner motiviert nun das Darniederlegen des fliegenden Buchhandels damit, daß bei uns das Publikum und die Presse noch nicht so weit sei, wie anderswo. Nun, wenn das der Fall ist, so ist das eben eine nothwendige Folge unserer bisherigen Gesetzgebung; nehmen Sie die Schranken weg, so wird Publikation und Presse bald weiter sein. Die deutsche Nation steht in stützlicher und geistiger Qualifikation hinter keiner andern Nation zurück; wenn ihr nur die gleiche Möglichkeit der Entwicklung gegeben wird, so wird sie auch den nöthigen Gebrauch davon machen.

Abg. Weigel tritt der Befreiung Brauns, daß, wenn der Paragraph gestrichen werde, die Einzelstaaten Beschränkungen des Gewerbebetriebes einführen könnten, entgegen. Der § 1 des Gesetzes sage ja ausdrücklich: „Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermaßen gestattet, soweit nicht durch dieses Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind.“ Er ist für gänzliche Streichung.

Abg. Lasker: Wenn der Paragraph nicht gestrichen wird, so würden auch für dies Gewerbe, daß es zu den stehenden gehört, die Bestimmungen des § 15 maßgebend werden; es müßte dann also auch für den Betrieb des fliegenden Buchhandels ein ständiges Lotal angegeben werden müssen, in dem das Gewerbe betrieben wird. Das kann aber doch Niemand verlangen.

Es sprechen hierzu ferner die Abg. v. Luck, Blum (Sachsen), v. Patow, Braun (Wiesbaden), Grumbrecht.

Abg. v. Hennig hält die Gefahr verschiedenartiger Interpretationen, wenn der Paragraph ganz gestrichen wird, doch nicht für so unbedeutend. Wir in Preußen haben eine lange, aber nicht erfreuliche Geschichte der Befreiungen, die sich die Polizei angewöhnt hat. Im Preßgesetz steht auch eine Bestimmung, welche lautet: „Alle dem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben“; man lehnte es in Folge dessen ab, noch ausdrücklich auszuordnen, daß damit auch der § 45 der Gewerbeordnung aufgehoben sei. Ja, Herr Hansemann sagte damals: „Es sei ja wahrhaftig, anzunehmen, daß die Polizei so declarieren könne, daß dieser Paragraph fortbleibe.“ Und was war die Folge? Was der Abg. Hansemann für wahrhaftig erklärte, wurde unter dem Ministerium Westphalen durchgeführt, indem der § 45 auch auf Buchdrucker und Zeitungsverleger angewandt wurde, und es bedurfte eines besondern Gesetzes zu seiner Aufhebung. Es ist deshalb besser, daß wir das Ammentement Lasker annehmen, um jeder Kontroverse für die Zukunft vorzubeugen.

Der § 41 wird mit dem Ammentement Lasker angenommen.

§ 42 lautet: Kaufleute, Fabrikanten und andere Personen, welche ein stehendes Gewerbe betreiben, sind befugt, außerhalb des Ortes ihrer gewerblichen Niederlassung persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende Waren aufzukaufen und Bestellungen auf Waren zu suchen. Sie bedürfen dazu eines Legitimationscheins, welcher von der Verwaltungsbhörde ausgestellt wird und für das Kalenderjahr gilt. Für Personen unter 18 Jahren wird derselbe nicht ertheilt. Der Inhaber eines solchen Legitimationscheins darf aufgezogene Waren nur dehuss deren Beförderung nach dem Bestimmungsorte und von den Waren, auf welche er Beförderung sucht, nur Proben oder Muster mit sich führen. Die Landesgesetzgebung kann bestimmen, daß dersele Bestellungen nur bei Gewerbetreibenden suchen darf. Bestellungen auf Wein dürfen jedenfalls auch bei andern Personen, als Gewerbetreibenden, geübt werden.

Abg. v. Hennig beantragt die Worte „für Personen“ bis „nicht ertheilt“ im Alinea 1 und Alinea 3 ganz zu streichen.

Abg. v. Schweizer beantragt das Alinea 3 zu streichen.

Abg. Hinrichsen und Weigel beantragen a) im 2. Alinea vor „Verwaltungsbörde“ einzuschalten: „untere“; b) ebendaselbst den 2. Satz: „Für Personen unter 18 Jahren wird derselbe nicht ertheilt.“ — zu streichen; c) ebendaselbst einen neuen Satz anzufügen, dahin lautend: „Dieses Legitimationscheine bedarf es nicht, wenn die betreffenden Gewerbetreibenden durch die nach dem Bollvereins-Verträgen erforderliche Gewerbe-Legitimations-Karte bereits für das Gesamtgebiet des Bollvereins legitimirt sind.“ d) im 5. Alinea hinter den ersten Satz einen neuen einzufügen, dahin lautend: „Diese letztere Beschränkung findet auf Uhren und Bijouteriewaren keine Anwendung, wie denn auch die Fabrikanten und Großhändler dieser Art befugt sein sollen, an Wiederverkäufer die von diesen ausgeführten Waren alsbald zu verabsolven; e) den 2. und 3. Satz im 3. Alinea: „die Landesgesetzgebung kann bestimmen, daß dersele Bestellungen nur bei Gewerbetreibenden suchen darf.“ Bestellungen auf Wein dürfen jedenfalls auch bei andern Personen, als Gewerbetreibenden, geübt werden.

Abg. Dr. Weigel: Bei der Zulassung des Verkehrs und der Ausdehnung des Eisenbahntransportes sei es im Interesse aller Fabrikanten, Unternehmer und Kaufleute alle Beschränkungen aufzuheben, und zwar ohne Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Das Wort „untere“

ist zu streichen, so zum Betriebe der im § 33 angeführten Gewerbe.“

B.-Komm. Michaelis erklärt sich mit dem letzten Ammentement einverstanden. Der Paragraph wird nach Ablehnung des Antrages v. Schweizer mit dem Ammentement Weigel angenommen.

Dergleichen ohne Debatte § 48. Auf die Inhaber der bereits vor dem Erscheinen des gegenwärtigen Gesetzes ertheilten Genehmigungen finden die im § 47 bestimmten Fristen ebenfalls Anwendung, jedoch mit dem Maßstab, daß diese Fristen von dem Tage der Verkündigung des Gesetzes an zu laufen beginnen. Hat der Inhaber einer solchen Genehmigung während eines Beitraumes von drei Jahren eingestellt, so erlischt die entsprechende Genehmigung, wenn der Inhaber nach Empfang derselben ein ganzes Jahr verstreichen läßt, ohne davon Gebrauch zu machen. Eine Verlängerung der Frist kann von der Behörde bewilligt werden, sobald erhebliche Gründe nicht entgegenstehen. Hat der Inhaber einer solchen Genehmigung während eines Beitraumes von drei Jahren eingestellt, so erlischt dieser während eines Beitraumes von drei Jahren eingestellt, so erlischt dieselbe.

Abg. v. Schweizer beantragt die gesperrten Worte zu streichen.

Abg. Dr. Baehr beantragt, hinter den gesperrten Wörtern einzuschließen: „so zum Betriebe der im § 33 angeführten Gewerbe.“

B.-Komm. Michaelis erklärt sich mit dem letzten Ammentement einverstanden. Der Paragraph wird nach Ablehnung des Antrages v. Schweizer mit dem Ammentement Baehr angenommen.

Dergleichen ohne Debatte § 48. Auf die Inhaber der bereits vor dem

Erscheinen des gegenwärtigen Gesetzes ertheilten Genehmigungen finden die im § 47 bestimmten Fristen ebenfalls Anwendung, jedoch mit dem Maßstab, daß diese Fristen von dem Tage der Verkündigung des Gesetzes an zu laufen beginnen. Hat der Inhaber einer solchen Genehmigung während eines Beitraumes von drei Jahren eingestellt, so erlischt die entsprechende Genehmigung, wenn der Inhaber nach Empfang derselben ein ganzes Jahr verstreichen läßt, ohne davon Gebrauch zu machen. Eine Verlängerung der Frist kann von der Behörde bewilligt werden, sobald erhebliche Gründe nicht entgegenstehen. Hat der Inhaber einer solchen Genehmigung während eines Beitraumes von drei Jahren eingestellt, so erlischt dieser während eines Beitraumes von drei Jahren eingestellt, so erlischt dieselbe.

Abg. Hinrichsen hält eine besondere Ausnahme für Weinhändler durchaus nicht für angezeigt, ebenso wenig die Bestimmung, daß den Landesgesetzgebungen dieser Branche noch besondere Beschränkungen auferlegen können. Es würde dies dahin führen, daß ein Neuerlass an jeder Landesgrenze neue Bestimmungen studiren müßte, um schließlich doch wegen Übertretung irgend eines Paragraphen bestraft zu werden. Wenn die Bestimmung gestrichen wird, so wird der Bundesrat seine Zustimmung auch nicht verweigern.

Geh. Rath Michaelis ist nicht in der Lage zu sagen, wie der Bundestag sich berechtigt zu dieser Streichung stellen wird.

Abg. Dr. Blum: Das Interesse des deutschen Buchhandels würde durch Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Paragraphen bedeutend geschädigt. Direkt und auf Kommission liegen sich die größeren Werke des Buchhandels jetzt nicht mehr verbreiten, alle Verlagsbuchhandlungen hätten ihre Rechte, denen es aber nicht möglich sei, genügende Bestellungen zu erhalten, wenn die im Paragraph liegenden Beschränkungen bestehen blieben. Man müsse deshalb mit dem Abg. Weigel die Streichung beenden.

Abg. v. Patow gegen das Ammentement Weigel, weil dasselbe den stehenden Gewerbebetrieb mit dem Haushandel vermischt und dadurch das stehende Gewerbe benachteilige. Ein Grund zur Ausnahme für das Uhren- und Bijouteriewaren-Bereich ist w. s. m. liege nicht vor; mit demselben Rechte würden noch viele andere Branchen dieselbe Exemption beanspruchen.

Abg. Miquel hält es für zweckmäßig, jedenfalls für unschädlich, die Bestimmung über die allgemeine Gültigkeit der Legitimationskarte in das Gesetz aufzunehmen, statt sie den Verordnungen der Einzelregierungen zu überlassen. Die Beschränkungen, daß ein Neuerlass Bestellungen nur bei Gewerbetreibenden suchen möge, sei ungerechtfertigt; der Vorbehalt, daß das Publikum vor allzugroßen Belästigungen bewahrt werde, stehe in seinem Verhältnis zu dem Nachteil, der dem Handel und Gewerbe selbst zugefügt werde; überdies werde gerade für Weinwirtschaft eine Ausnahme gemacht, die bekanntlich am allerläufigsten zu werden pflegen. (Heiterkeit.) Die Bestimmung über das 18. Jahr werde wohl Niemand aufrecht erhalten wollen, nachdem der Bundeskommissar, der sonst um Gründe nicht verlegen sei, für diese keinen Grund habe anführen können.

Bundeskomm. Michaelis kontrolliert, daß die Bestimmung über das 18. Jahr im Gebiete des ganzen Bollvereins Rechtens sei, und daß sich bisher kein Bedürfnis zu einer Änderung herausgestellt habe; wer deshalb hier eine Modifikation beantrage, dessen Sache sei es, die Notwendigkeit seinerseits nachzuweisen.

Abg. v. Hennig: Die Erwägungen des Herrn Bundeskommissars gegen die Ausnahme der Uhren- und Bijouteriewaren-Fabrikanten sind für mich nicht ohne Gewicht gewesen

icher" Schaden könne zu verschiedenen Interpretationen Veranlassung geben. Man dürfe nicht in das Privatrecht eingreifen zu Gunsten des öffentlichen Wohles ohne volle Entschädigung. Von wem sie zu leisten sei, werde zwar im Paragraphen nicht gesagt; daß es aber der Staat sein müsse, sei selbstverständlich.

Abg. v. Dörnberg hält den dem Kleist'schen Antrage zu Grunde liegenden Gedanken für durchaus richtig. Mit demselben Rechte, mit dem man Bestimmungen über die Verpestung der Luft getroffen habe, müsse man auch Anordnungen über die Verschlechterung des Wassers treffen.

Abg. v. Hennig gegen den Antrag Kleist, da derselbe beispielweise den Gewerbetreibenden, die das Wasser des grünen Grabens zum Betriebe ihres Gewerbes benutzen und dasselbe dadurch verunreinigen, das Recht auf Entschädigung geben würde, wenn ihnen aus öffentlichen Gesundheitsrücksichten die Benutzung des Wassers entzogen würde.

Präf. Delbrück: Jede Landwirthschaft kann siedendes Wasser ebenso verderben, wie gewerbliche Anlagen; es ist deshalb unthunlich, die Frage hier zu Gunsten oder Ungunsten einzelner Gewerbetreibenden regeln zu wollen; sie wird ihre Lösung nur in einer ganz allgemeinen Regulierung finden.

§ 49 wird mit dem Amendement v. Hennig unter Ablehnung des Antrages Kleist angenommen.

Um 4 Uhr wird ein vom Abgeordneten Schweizer gestellter Antrag auf Vertagung abgelehnt und in die Berathung des § 50 eingetreten. Einige Minuten später wirkt derselbe Abgeordnete zweifel auf, ob das Haus beschlußfähig sei. Der Präsident erklärt, daß er es dem äußeren Anschein nach dafür halte, daß er es jedoch förmlich konstatiren wolle, obwohl von Unruh die Meinung des Präsidiums für ausreichend hält. Nach einer längeren Umschau, bei der sämtliche Mitglieder des Bureaus sekunden, erklärt der Präsident, daß 149 Mitglieder nicht anwesen seien, daß die Sitzung also zu schließen sei. Freiherr v. Rabenau meint zwar, daß man doch immer diskutieren könne, bis sich kein Redner mehr meldet. Aber der Präsident hält dies des Verschagens für nicht fruchtbar.

Nächste Sitzung Montag.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. April.

— **Diejenigen Gemeindelehrer**, welche vor Ablauf von 15 Dienstjahren, mithin vor dem Eintritt ihrer Pensions-Berechtigung, durch körperliche Gebrüche für ein ferneres Wirken in ihrem Berufe unfähig gemacht werden, im Übrigen aber noch arbeitsfähig sind, sollen nach einer neuen Bestimmung künftig bei eintretenden Balanzien in der Kommunal-Bewaltung eine vorzugsweise Berücksichtigung finden.

— **Kreis Bromt**, 17. April. Unter Kreislandrat, Freiherr v. Unruhe-Bomst, der zur Zeit als Reichstagsmitglied in Berlin weilt, wird seit dem 9. d. M. durch den Regierungsassessor Hrn. Giech aus Köln vertreten. — Unter dem Kindbett und Pferden auf der Oberscherel Bygmuntow, zur Herrschaft Ratkow gehörig, ist der Wildbrand ausgebrochen. — Wie Referent nachträglich aus ganz sicherer Quelle erfahren, hat bei dem am vergangenen Montag Abend in Rostarzewo stattgehabten Brande der Stellmacherlehrling Przemysla die 75 Jahr alte, sehr schwerhörige Frau des abgebrannten Eigentümers Roßmann, die, während das Haus schon in hellen Flammen stand, noch immer in ihrem Bett schlief, mit eigener Leidenschaft vom Tode des Verbrennens gerettet, was öffentliche Anerkennung verdient. — In dem Gefangenengehause unserer Nachbarstadt Mieserit ist der Flechtenphytus ausgebrochen; in Folge dessen sind sämtliche Unterfuchungsgefangene entlassen worden. Nur drei zur Buchthausstrafe Verurteilte und 21 am Dyphus Erkrankte sind zurückgeblieben. Die Schwurgerichtsfigur, die in furthestem Fall statthaben sollte, ist in Folge dessen in den Monat Juni verlegt worden, bis wohin das Gefangenengehause einer gründlichen Desinfektion unterworfen werden wird.

s. **Nirchplatz-Borow**, 17. April. Gestern in den Abendstunden entluden sich in der hiesigen Gegend mehrere von Südwest nach Nordost ziehende schwere Gewitter. Eines derselben schlug in das Gehöft des Eigentümers Häusler zu Neu-Borow ein; der Blitz zündete und sämtliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit Allem was darin war, wurde bei dem schnellen Umsturzreifen des Feuers ein Raub der Flammen. Nur ein Pferd und die Schafe wurden gerettet. Der Verunglückte war nicht verachtet.

+ **Braustadt**, 18. April. Der hiesige Vorschuhverein, welcher im dritten Jahre seines Bestehens sich befindet und von dem Rechtsanwalt Levi ins Leben gerufen wurde, zählt bereits 137 Mitglieder, welche sich mit monatlichen Beiträgen von 2½, Sgr. bis 1 Thlr. beteiligen und deren Guithaben am Quartalschluss 2161 Thlr. betrug. Im abgelaufenen Quartale nahm der Verein 2390 Thlr. Darlehen für sich auf und hatte einen Umsatz von 17,296 Thlr., von denen 10,396 Thlr. zurückgestattet worden sind und also gegenwärtig noch 6900 Thlr. ausstehen. Der Verein hat bis heute noch keinen Verlust erlitten. Es ist zu bedauern, daß ungeachtet des guten Standes der Angelegenheiten des Vereins derselbe bei seinem wenn auch noch kurzen, aber sicherem Bestehen und bei musterhafter Bewaltung noch nicht mehr Vertrauen hat gewinnen können, indem er in unserer Stadt, die gegen 6000 Einwohner zählt, und in der Umgegend erst 137 Mitglieder gefunden hat.

Ev. **Grätz**, 18. April. Das Projekt der Gründung eines Progymnasiums am hiesigen Orte scheint, wie schon so manches andere, ad acta gegangen zu sein, und wenn die anerkannt notwendige Anstellung eines siebten Lehrers an der katholischen Schule bis zur Einrichtung des projektierten Progymnasiums hinausgezögert werden soll, so wird die genannte Schule wohl sobald keinen siebten Lehrer erhalten.

Neustadt b. P., 17. April. [Synagogengedenktag; Marktstandsgeld.] Die königl. Regierung zu Posen hat mittels Resscripts vom 25. März d. auf Antrag des hiesigen Korporations-Vorstandes genehmigt, daß die von demselben im Einverständniß mit der Repräsentanten-Versammlung verfasste Synagogengedenkordnung, deren Bestimmungen zur Hebung des Gottesdienstes und zur Befreiung eingeführter Missbräuche, sowie zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Gotteshause getroffen worden, eingeführt werde, nachdem in die derselben angedroht gewesenen Geldstrafen bei vorkommenden Übertretungen durch die Bestimmung ersezt worden, daß der Vorstand berechtigt ist, gegen Zu widerhandlungen durch Ermahnungen, und wenn solche erfolglos bleiben, durch zeitweiligen Ausschluß der Ungehorsamen vom Gottesdienste, einzuschreiten, erforderlichenfalls auch den Schutz der Polizeibehörden und die Gerichte anzuordnen. Die Publikation der Synagogengedenkordnung hat bereits stattgefunden, und man verspricht sich von deren Einführung den besten Erfolg. — Nach einem von der königl. Regierung auf das Gefuch der Stadtverordneten-Versammlung eingegangenen Bescheide steht nunmehr mit Gewissheit die Ermäßigung des Tarifs des Marktstandsgeldes, welches auf den Verkehr der hiesigen Stadt wie ein Alp drückt, zu erwarten. Diese Nachricht hat daher hier große Freude bereitet, und steht wohl zu erwarten, daß dieser Vorzug angehörende, fast nur noch hier allein bestehende Soll mit der Zeit gänzlich ausgeräumt werden wird, da nach erfolgter Ermäßigung des Tarifs die Bäuer der Stadt darauf bedacht sein werden, denselben bei der Güterschafft, der nur allein die Einnahme zusieht, abzulösen. Diese Zeit dürfte dann nicht mehr fern sein.

× **Rogasen**, 18. April. Das Vereinsleben scheint hier keinen reichen Impuls zu haben, denn obgleich unserm Orie alle Attribute beigelegt werden können, welche ihn befähigen, ein Vereinsleben zu entwickeln, so besteht hier als einziger Verein auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Unterhaltung nur der Männergesangverein. Ressource, Turn-, Handwerker-, Vorschuhverein, davon keine Spur. Wenn man die Rechnungsbücher der Vorschuhvereine kleiner Städte und von deren segensreicdem Wirken in den Spalten ihres geschätzten Blattes liest, so ist es nicht ein neidischer Gefühl, welches manchen hiesigen Leser dabei überkommt, aber es drängt sich ihm unwillkürlich die Frage auf, warum hier nicht auch, in einer Stadt von nahe 6000 Einwohnern, mit einem Progymnasium, einer Garnison, einem Kreisgerichte &c., bei so vielen, mit nur schwachen Mitteln ausgerüsteten Handwerkern? Der Uneingeweihte könnte fast zu dem harten Urtheile verleitet werden, es fehle hier an geeigneten Personen, denen das allgemeine Interesse am Herzen liegt und wir sind einer Vereinigung zum Zwecke der Wohlthätigkeit nicht fähig. Dem ist nicht so, im Gegentheil, unsere Einwohner haben immer ein warmes Herz, wenn es eine Wohlthun oder eine Noth zu lindern gilt. Dies haben alle Schichten bei verschiedenen Anlässen an den Tag gelegt. Auch fehlt es hier nicht Wohlthätigkeitsanstalten, welche dies beurtheilen. In erster Linie nenne ich das hiesige evangelische Waisenhaus; wie rastlos forschend, segenverbreitend und nothlindernd wirkt es, wenn ihm auch ein großer Theil der Sussenzmittel von Außen zuflossen.

Endso das im Bau begriffene katholische Hospital zur Aufnahme von kranken, alten, arbeitsfähigen Personen. Die jüdische Gemeinde hat einen Frauenverein zur Unterstützung armer Frauen und Wöchnerinnen und Ausstattung mittelloser Bräute; einen Verein zur Bekleidung armer Schüler sowie ein Verein gegen Hausbettelei. Dies sind Beweise genug, welche dafür sprechen, daß es nur eine Anregung bedarf, um hier noch viel Nützliches und Gutes zu stiften. Alle diese vorbenannten Wohlthätigkeitsanstalten haben jedoch nur den Zweck der außersten hilflosen Noth zu Hilfe zu kommen, aber als eine ebenso wichtige Aufgabe erscheint es, die Thätigkeit vieler tüchtiger und fleißiger Handwerker zu beleben und zu fördern. Was könnte hierzu nicht mehr beitragen, als die Gründung eines Vorschuh- und Handwerkervereins? Mögen diese Seiten hierzu eine Anregung geben; an geeigneten Persönlichkeiten, den Verein ins Leben zu rufen und zu leiten, wird es hier am Orte nicht fehlen.

E. Grün, 17. April. Während am Dienstag Vormittag die Kinder der hiesigen evangelischen Schule Pause hatten und sich dabei auf der am Schulhause vorbeiführenden Straße befanden, kam ein großer toller Hund daher getrabt und biß ein Mädchen in die Hand und einen Knaben in den Oberschenkel. Nachdem auch noch einige andere Dorfkinder und mehrere Hunde von ihm gebissen worden, ist er auf dem dicht an die Stadt stoßenden gräßlichen Gute Herzberg erschossen worden. — In dieser Woche hat im hiesigen Lehrerseminar eine Nachprüfung für schon im Amte befindliche Lehrer stattgefunden. Es waren von 24 hierzu Aufgeforderten nur 5 erschienen. — Unter den evangelischen Lehrern, die im Einkommen durchschnittlich noch schlechter als die katholischen gestellt sind, zeigt sich eine zunehmend vermehrte Lust zum Auswandern nach Amerika. Selbst solche, die auch eine bessere Schultelle haben, gehen, mitunter in schon vorgeschriftener Alter, wie im Herbst der Lehrer Fischer in Alt-Słonawy, andere unverheirathet, wie fürthlich der allgemein beliebt gewesene, tüchtige Lehrer Semke in Olszewska bei Nakel, nach Amerika, wo sie doch wenigstens Hoffnung auf mögliche Besserstellung zu haben meinen, die hier ihnen aber gänzlich abgeschnitten ist.

Gnesen, 16. April. Der Gutsbesitzer Arndt auf Dobieszewice, im hiesigen Kreise, im Januar d. J. Mitglied des hiesigen Schwurgerichts, wurde, weil er sich beharrlich weigerte, an einer in deutscher Sprache geführten Schwurgerichtsverhandlung Theil zu nehmen, da er angab, Pole zu sein, durch Beschluß des Richter-Kollegiums von den Funktionen eines Geschworenen suspendirt und überdies zu einer Geldstrafe von 100 Thlr., sowie zur Tragung der Kosten des in der betreffenden Anklagefaule neu anzusegenden Termins verurtheilt. Hr. Arndt wendete sich wegen dieser Verurtheilung mit einer Beschwerde an das Appellationsgericht in Bromberg, die aber als unbegründet zurückgewiesen worden ist. Zur Motivirung des zurückweisenden Urtheils wird unter Berufung auf das Ministerial-Resscript vom 3. Mai 1852 ausgeführt, daß ein Einwohner der Provinz Posen nur dann das Recht habe, den Gebrauch der polnischen Sprache bei einer Gerichtsverhandlung zu verlangen, wenn er der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig sei, und daß mithin der Vorsitzende des Schwurgerichts in Gnesen ebenso rechtfertigt gewesen sei, von Hrn. Arndt die eidliche Erklärung zu verlangen, daß er die deutschen Zeugenaussagen nicht verstehe, wie das Richter-Kollegium, ihn nach Verweigerung dieser eidlichen Erklärung zu den gesetzlichen Strafen zu verurtheilen. (Br. 3.)

B. Schneidemühl, 18. April. Vor 3 Tagen hat der Erzbischof von Posen und Gnesen, der Herr Graf Ledochowski, das Städtchen Usca mit seiner Anwesenheit beehrt. Gestern traf er hier ein. — Das nächste Schwurgericht wird am 26. April hier beginnen. Dem Vernehmen nach kommen einige sehr wichtige Sachen zur Verhandlung, auch die Tu multsache der Eisenbahnerbeiter bei Śląsk, von welcher Sie schon früher Kenntnis erlangt haben. — Das schöne Frühlingswetter hat unsere Helder mit fleißigen Arbeitern übersät. Die Wintersaaten stehen im Kreise Chodziesen nach Wunsch und versprechen eine reiche Ernte. Auch aus benachbarten Kreisen hört man dasselbe berichten und es muß daher Wunder nehmen, daß die Kornpreise verhältnismäßig immer noch hoch stehen. Die Kornspeicher der Kaufleute sind gefüllt, man wird loszulagern müssen, aber mit Verlust.

B. Budzin, 17. April. Vom 12 bis 17. April wurde hier der Gerichtstag von einer Kommission des Kreisgerichts zu Schneidemühl abgehalten. Dieser Gerichtstag, der sich im Jahr 7 Mai wiederholt, bringt einiges Leben in unsere Waldeinsamkeit und Einsiede. Die umliegenden Dörfer entzünden zum Gerichtstag ihr Kontingent zu uns, welches manchen Thaler verzehrt und bei dieser Gelegenheit manche Einkäufe und manches Geschäft macht. — Unsere Stadt, welche zu den ältesten der Provinz gehört, hat seit einiger Zeit manchen Schritt zum Bessern gemacht, obgleich ihr vor einigen Jahren die Gefahr drohte, zum Dorfe herabgesetzt zu werden. Die Wege nach den umliegenden Dörfern sind verbessert worden und ein häufiger Weg führt nach der Kreisstadt Chodziesen. Mehrere Lehmhütten sind verschwunden und bessere Häuser an deren Stelle aufgebaut. Eine geordnete städtische Verwaltung wird gepflegt und gewahrt. Der Ort zählt circa 2000 Einwohner, von denen die Hälfte der katholischen Kirche, die andere der evangelischen Kirche und dem Judenthum angehören. Für die Bildung der Jugend sorgen zwei einfache Schulen, von denen die eine von den katholischen, die andere von den evangelischen und jüdischen Kindern besucht wird. Die Stadt hat ein Hospital, ein Rathaus und eine katholische Kirche. Der Platz für den Stand der evangelischen Kirche ist schon seit Jahren festgestellt, bei demselben liegen auch schon eine Menge Steine zum Bau der Kirche; die Kirche konnte aber immer noch nicht erbaut werden, weil nur 6000 Thlr. Baugelder, die durch Beiträge der Parochianen und durch Geschenke aufgebracht sind, zur Disposition stehen, während der Bau 13,000 Thlr. erfordert. Industrie und Handel findet sich hier nicht. Die Bewohner, bis auf wenige mittellose, nähren sich kümmерlich von Ackerbau, Tagelohn und dem geringen Erträgnis ihres Handwerks, einige bauen auch Hopfen.

Konzert des Vereins für geistliche Musik.

Somit wäre wohl die diesjährige Konzertzeit abgethan, die einen günstigeren und befriedigenderen Abschluß nicht hätte erhalten können, als durch diese lezte Aufführung Mendelssohn'scher Werke. Wenn vielleicht dem Programm ein leichter Vorwurf zu machen wäre, daß es nicht Mendelssohn brachte, nachdem in der letzten Zeit sein "Paulus", sein "Lobgesang" hintereinander geboten wurden, so war doch die Aufführung der Vorlage wieder eine so gelungene, eine so wahr empfundene, so zu Herzen sprechende, daß das Interesse dafür aus dem angeführten Grunde nicht im Geringsten beeinträchtigt werden konnte. Hervorragend traten, wie das dem Zwecke des Vereins entspricht, die Chöre in den Vordergrund. Bei der eigentlich nur schwachen Befreiung, die unsern Musizuständen gerade nicht zum Ruhme gereicht, war es doch eine Freude, zu hören, wie sicher, rein, frisch und lebendig gesungen wurde. Von der gesunden Fülle des Wohlklangs, die sich fern hält von dem empfindelnden Pathos, mußte man gesangen genommen und in das tiefe, ursprüngliche Empfinden, das Mendelssohn eigen ist, mit ganzer Einigkeit hineingezogen werden. Die erste Nummer bildete die sogenannte Laubens-Hymne, die in leidenschaftlicher, in dem trefflich wiedergegebenen Sopransolo bis zum dramatischen Ausdruck gesteigerten Bewegung die ganze Individualität Mendelssohn's aufs Beste wieder gab. — Der Choral aus "Paulus": "Wachet auf, ruft uns die Stimme," mit der Arie: "Gott sei mir gnädig" und dem mit dem Bassolo: "Ich danke dir, Herr, mein Gott" beginnenden Chor: "Der Herr wird die Thränen" — prägten nicht nur die technisch vollkommen bewältigte Materie aus, sondern es traten darin die Züge seiner, geistvollen Fassung, Ernst der Empfindung meisterhaft hervor; schwer zu erfüllende Bedingungen, die aber im Stande sind, nicht nur den wärmsten Beifall zu erringen, sondern auch das Kunstwerk in seiner Wahrheit und Größe zu zeigen. Die Kunst der musikalischen Produktion, welche den Vortrag dem Hörer so nahe treten läßt, als haben die Döne, die an das Ohr schlagen, nur im Innersten geschlummert, ist

die höchste Errungenschaft, und diesen Eindruck schaffte sich: "Der Herr wird die Thränen."

Den Schluß bildete der 42. Psalm: "Wie der Hirsch schreit", ein Werk, das so recht zeigt, welche Gewalt Mendelssohn über die Chorteknik besitzt, das aber in der Anlage der Begleitung zurücktritt, da dieselbe kaum eine andere Aufgabe zu haben scheint, als die Harmonie zu ergänzen, besonders fällt das im ersten Satze auf, in welchem die Singstimmen durchaus gut geführt und in einander gefügt auftreten. Die Begleitung erhebt sich hier nämlich selten über die rhythmische Auflösung der Akkorde, in den folgenden Sätzen zwar bedeutsamer und manigfaltiger, macht sich doch erst im Schlusschor ein selbstständiger Kontrapunkt geltend. — Die Aufführung der Chöre war außerst wirksam, es lebte und webte Geist darin, und da das Einzelne eigenhümlich und frisch, nicht nach einem Formulare zugeschnitten wurde, sondern in seinem Wesen erfaßt war, konnte der Erfolg nicht ausbleiben. — Von den Solis waren es noch die gebotenen Nummern aus "Paulus", welche in ihrer ganzen Tiefe und Allseitigkeit außerst wohlthuend auftraten. Die Solis waren von Kräften des Vereins besetzt. Sämtliche Piècen wurden von dem Dirigenten Herrn Clemens Schön am Klavier begleitet, der aufs Neue seine Meisterschaft als Klavierspieler ebenso bedeutsam befundet, wie seine Unfehlbarkeit als Dirigent. — d.

Staats- und Volkswirthschaft.

Prag, 16. April. Das Handelsministerium hat die Angriffnahme der Bauarbeiten auf acht begangenen Theilstrecken der Prag-Tabor-Gmünd-Bahn bewilligt. Der Verwaltungsrath wurde aufgefordert, den Bau in den nächsten vierzehn Tagen beginnen zu lassen.

Hopfen.

Ev. Grätz, 18. April. Die Arbeiten in den Hopfenanlagen haben begonnen, doch hört man nirgends, daß neue Anlagen gemacht werden; im Gegenteil haben viele schon angelegten Hopfen herausgeworfen und das Land mit andern Früchten bestellt. Man darf sich darüber nicht wundern, denn für Prima-Ware will man hier nicht einmal fünf Thaler zaubern. Der bei Weitem größte Theil unserer Produzenten hat daher auch die vorjährigen Ernte noch liegen und will lieber den Hopfen verderben lassen, als solch einen niedrigen Preis annehmen. Sollten die Hopfenspreize noch ein oder zwei Jahre so gedrückt sein, so würden wohl alle Hopfensplantagen in hiesiger Gegend verschwinden.

Wolle.

Berlin, 15. April. Trotz des fast für alle Zweige günstigen Ausfalls der Leipziger Tuchmesse, ist auch die abgelaufene Geschäftswöche still vorübergegangen. Die Umsätze belaufen sich auf etwa 900—1000 Str., die zu den jetzigen gedrückten Preisen an inlandische Fabrikanten abgelegt wurden. Es befinden sich darunter auch 120 Str. fehlerhafte russische Kunstwäsche zu hoch in den 40er Thalern. Verkäufer bleiben um so mehr entgegenkommend, als nicht nur die Läger, in Berücksichtigung der vorgebrachten Jahreszeit, noch stark sind, sondern auch für die Londoner Mai-Auktion das große Quantum von ca. 250,000 Ballen erwartet wird. (Nat. 37.)

Breslau, 16. April. In Folge des Besuchs einer Anzahl Fabrikanten aus Sagan, Sorau, Sommerfeld und Spremberg und der gleichzeitigen Beteiligung hiesiger Kommissionen, welche für die Kleinprovinz und Frankreich thätig waren, hatte das hiesige Geschäft im Laufe der letzten acht Tage ein etwas lebhafteres Ansehen und fand im Ganzen gegen 1200 Str. aus dem Markt genommen worden. Was jedoch die gezahlten Preise anbelangt, so haben sich dieselben nur schwach behauptet und ist in vielen Fällen noch billiger verkauft worden als zuvor, was besonders von den geringeren und fehlerhaften Qualitäten gilt. Man handelt in russischen Einheiten von 34—36 Thlr., feinen polnischen, polnischen und mittelfeinen tschechischen von 56—68 Thlr., desgl. Lammwollen von 67—73 Thlr. und Gerberwollen von 43—48 Thlr. Einige besonders schöne tschechische Schäfereien halten 82—90 Thlr. Für die nächste Ernte haben bereits mehrere bedeutende Abholläufe von kleinen und hochfeinen Wollen mit einer mäßigen Preis-Reduktion stattgefunden. (B. 3.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Gewinn-Liste

der 4. Klasse 139. königl. preuß. Klassen-Lotterie.
(Nur die Gewinne über 70 Thaler sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

14	47	108	37	75	242	92	324	(100)	35	(200)	434	49	(100)	57

<

11. 49 639 92 (100) 716 18 20 35 814 46 904 7 (200) 57 (2000)	10 812 32 (100) 909 17 (100) 84. 69,007 96 110 30 75 231 316
59 (200) 30,012 (100) 16 108 87 98 257 74 309 31 (100) 51 53 93 439	33 34 38 (500) 66 79 (100) 96 (100) 517 73 86 99 600 716 98 (100)
74 606 700 2 47 845 (200) 86 (100) 913 97. 31,152 54 250 58	816 80 902 30 55 (100) 65 88 (100).
(500) 320 38 73 95 (200) 449 88 512 45 649 (200) 812 85 941 (200) 46 69	70,173 306 (100) 13 74 94 (500) 442 59 68 92 655 77 (1000)
86, 32,004 93 97 109 303 86 450 53 76 (1000) 661 72 (100) 92 93 725	813 959. 71,077 88 (100) 90 113 22 75 94 308 89 91 536 38 98
72 83 91 859 913. 33,042 91 122 (500) 305 (1000) 21 400 5 31 46 522	628 48 717 35 50 93 807 16 26 65 933 36 82 (1000). 72,018 58
59 649 (100) 91 735 77 875 79 910 12 14 47 (1000) 34,082 168	79 88 99 173 80 201 97 371 449 54 66 73 527 44 61 (500) 627
214 341 405 73 592 (200) 612 (200) 56 742 60 825 43 911 45	(1000) 33 (500) 35 (100) 56 715 21 70 (1000) 860 97 (100) 908 29
85 86. 35,001 4 19 29 62 83 (1000) 159 208 (100) 29 79 87 (100) 347	83. 73,007 18 72 (1000) 79 94 (100) 118 (200) 254 470 522 33 47
79 (1000) 430 655 87 768 851 57 (1000) 922 43. 36,087 88 121	49 622 66 (500) 81 708 (1000) 99 (100) 818 34 76 (5000) 936 93.
52 222 366 (1000) 403 61 65 581 93. 605 63 744 51 890 96	74,062 79 238 47 61 344 469 534 48 609 90 96 97 714 (100) 15
903 (200) 37,017 38 49 68 188 263 91 378 412 28 95 (500) 503	27 30 818 23. 75,058 108 16 71 219 61 74 (500) 309 33 87 472
63 646 (200) 751 68 934 46 58. 38,004 80 169 209 (1000) 840	512 63 606 88 90 789 890 913 (100) 44 51 77 83. 76,075 (100)
938 63. 39,046 48 158 80 201 (1000) 2 378 89 428 80 508 12	104 6 53 322 80 97 439 (200) 47 68 514 614 (200) 50 82 721
21 75 704 16 22 811 14 918 (500).	838 90 933 (100) 41 44 72 (100) 77,072 140 258 77 339 62 87
40,140 53 60 (200) 92 96 343 48 421 65 (1000) 522 52 607	(200) 406 23 514 39 63 86 89 612 52 92 734 49 90 805 35 80.
30 725 60 857 972. 41,026 41 61 (100) 62 76 110 21 (1000)	78,060 216 28 (200) 75 92 361 71 72 433 (100) 69 521 42 55 73
246 (100) 341 418 (500) 24 66 532 76 650 72 78 99 (100) 747 70	611 18 53 67 (500) 97 712 14 (1000) 52 806 (200) 36 909 (100) 27
94 816. 42,000 115 49 219 54 324 60 404 513 18 672 78 744	79. 79,052 55 81 120 21 29 46 87 243 45 433 44 555 640 (200)
47 801 81 (1000) 92 (100) 924 31 32 (1000) 54. 43,060 95 108 78	50 93 736 868 76.
471 86 513 15 65 601 23 28 (200) 705 73 79 813 (100) 52 77 86	80,041 44 151 66 71 97 201 71 342 428 (200) 72 86 520
949 61. 44,059 180 219 314 24 454 99 507 72 611 18 32 51	648 50 58 781 (500) 810 11 46 61. 81,024 82 102 39 245 89
54 71 73 721 52 (100) 80 (1000) 866 73 921 27. 45,008 159 61	325 34 71 76 409 88 559 85 637 44 817 35 (100) 57 88 934 76
(200) 77 293 407 25 33 40 515 45 674 (500) 96 701 79 810 72	(100) 90. 82,082 110 13 75 332 426 71 95 623 33 84 81 726 59
902 40. 46,070 125 96 299 366 70 78 (5000) 482 513 19 53 (100)	(100) 863 (500) 98 (500) 909. 83,164 75 229 30 63 315 414 88
647 83 (500) 781 885 930 35 58. 47,058 190 96 200 69 411	626 48 (200) 61 724 (100) 25 862 84 953 (200) 90 92. 84,170 75
79 532 76 79 628 712 70 75 (100) 87 (1000) 94 826 957 (200) 76	79 85 96 (100) 97 202 (100) 37 68 88 345 434 54 63 82 511 36
78 (100) 88. 48,051 63 (200) 263 (20') 576 (100) 698 712 29 36	47 49 (200) 621 31 (200) 35 728 40 56 66 (100) 83 808 (100) 50
48 68 86 819 995. 49,012 21 49 54 (1000) 82 188 220 (100) 44 (200)	946. 85,018 138 58 292 318 451 54 518 (100) 61 81 624 50
317 70 483 (1000) 520 (100) 23 (100) 30 35 44 49 (200) 63 89 629	708 18 865 70 905. 86,053 (100) 58 142 59 201 15 44 83 318
758 803 61 (500) 917.	93 402 23 514 637 704 29 813 94 938 88 96. 87,001 47 (1000)
50,014 24 (500) 65 156 58 80 251 447 56 544 (100) 46 (500)	50 (100) 51 81 117 (500) 57 323 56 404 518 90 643 (100) 736
78 86 (500) 645 740 84 947 73 (100) 75. 51,036 53 (200) 101 49	(1000) 97 (500) 806 12 90. 88,067 122 25 61 226 56 77 359 444
351 534 618 (100) 35 65 714 904. 52,009 12 100 34 40 70 241	539 (100) 86 600 25 718 40 41 820 (200) 73 85 957 93. 89,027
326 403 24 (500) 32 83 84 561 89 98 629 76 706 13 807 39 53	46 68 140 244 357 401 519 39 86 657 (100) 61 (100) 705 9
936. 53,009 60 331 44 (500) 466 540 (100) 71 (100) 617 65 (100)	92 827 29 99.
84 95 952. 54,044 105 (200) 246 434 71 83 515 16 66 70 75 92	90,023 24 95 (100) 133 205 375 434 (500) 570 73 611 20
804 21 28 53 89. 55,014 45 77 95 152 87 208 328 (200) 60 83	(200) 49 57 747 825 37 986 92. 91,173 85 86 (200) 211 74 312
(100) 423 91 611 43 91 (100) 92 730 839 900 91 92 96. 56,005	16 (200) 21 48 444 77 86 570 618 824 40 52 66 938 42. 92,065
12 54 71 (200) 106 239 421 85 (100) 550 68 99 671 77 728 40	(200) 94 96 106 23 60 233 65 312 (1000) 59 68 (100) 88 (200) 449
72 (1000) 807 13 84 46 (500) 58 93 97 (200) 917 92 98. 57,009	796 879 975 (100). 93,002 5 (100) 11 40 71 106 94 244 318 52
(1000) 11 (500) 209 11 20 78 81 365 453 (1000) 560 76 89 638	521 28 635 55 806 (100). 94,072 (100) 95 112 (100) 30 100
76 (500) 97 854 928 (100) 78 (200). 58,010 41 64 65 109 205 11	225 420 570 626 33 702 88 809 29 (100) 79 (500).
(200) 433 42 43 507 (1000) 29 46 47 53 (1000) 654 785 991 (500).	
59,059 62 72 162 73 87 211 (500) 83 (100) 342 64 96 432 99 503	
28 69 609 36 783 (200) 822 69 938 95.	
60,001 (1000) 11 33 117 (1000) 42 (200) 61 (500) 94 243 313	
(200) 21 (200) 49 (200) 415 71 85 (200) 564 (100) 611 13 36 73	
708 28 34 (1000) 90 800 12 29 79 99 902 27 41 (100) 46 93. 61,052	
(200) 94 185 220 (1000) 863 (100) 95 494 593 674 88 706 14	
41 813 85 956 79. 62,008 49 58 97 174 203 16 (500) 82 302	
406 7 30 (100) 50 94 657 703 (100) 30 66 882 92 912. 63,008	
(100) 103 97 242 45 95 305 33 477 564 (1000) 83 634 83 920.	
64,038 71 95 (200) 106 20 93 204 (200) 9 93 (100) 421 45 74 646	
(100) 77 755 91 929 (100) 32. 65,024 34 168 243 342 87 403	
(100) 78 597 625 704 66 89 801 (500) 8 82. 66,011 41 70 138	
224 85 99 309 (200) 45 (100) 56 75 436 75 90 529 73 601 (500)	
25 66 99 701 (20') 4 26 42 59 88 815 95 910 14 50 78 84 89.	
67,021 26 71 76 (100) 108 58 68 316 (100) 19 50 89 95 482 502	
6 (200) 12 (200) 34 (500) 733 73 (1000) 844. 68,051 125 64 (100)	
283 308 13 79 83 465 68 70 (100) 541 84 676 (1000) 706 (500)	

Den geehrten Konsumenten meines Bieres zur gefälligen Nachricht, daß Herr Friedr. Dieckmann für Bromberg und Posen den alleinigen Verkauf meines Fabrikates hat.

Königsberg i. Pr., im April 1869.

J. Ph. Schifferdecker.

Dem Herrn Friedr. Dieckmann haben wir für Bromberg und Posen den alleinigen Verkauf unseres Bieres übertragen, was den geehrten Konsumenten unseres Fabrikats hierdurch ergebenst anzeigen.

Berlin, im März 1869.

Berliner Brauerei-Gesellschaft (Tivoli)

A. Zimmermann.

Zaracjewo, Lewin aus Zarocin, Hamel aus Wollstein, Josephsohn aus Neutomyśl, Landek aus Wongrowitz, Inspektor Jacobi a. Bythin.

ORMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Brodnick und

Frau aus Nieswiatowice, v. Radomski und Frau aus Krzeslice, die Kaufleute Schröder aus Berlin und Schröder aus Graudenz.

KOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Jauernik und Frau aus Niegrowice, Wiese und Familie aus Sienna, Pred

Im Auftrage des Königlichen Kreisgerichts
werde ich
Donnerstags den 22. April c.,
Vormittags,
in Kostzyn auf dem Markt: 1 braunes
Fohlen, 1 Kuh, 2 Kälber, 7 Gänse, 4
Enten, 16 Hühner, 1 Jagdhund und 1
Hochhund, 1 Britschke, 1 Jagdschlitten,
1 Hackelschnecke und verschiedene Modelle
öffentliche meistbietend gegen gleich hohe Be-
zahlung verkaufen.

Schroda, den 17. April 1869.
Der Auktions-Kommissar.
Schroeder.

Eine Windmühle
mit 2 Gängen, in gutem
Zustande, auf der Altstadt hier ge-
legen, ist unter günstigen Bedin-
gungen aus freier Hand zu ver-
kaufen durch den Eigentümer,
Bäckermeister Wiatr in Schrimm.

Eine Pachtung von 2000 Mor-
gen gutem Boden wird gesucht.
Von wem? sagt die Expedition
dieser Zeitung.

Soolbad Goczalkowitz bei Pless (Oberschlesien).

Eröffnung am 17. Mai.

Bannen-, Sitz-, Douche- und Sooldampfbäder.

Bestellungen auf Wohnungen, Badesalz, konzentrierte Soole, Brunnen und Goczalkowitzer Soolteife nimmt entgegen
die Badeverwaltung.

Bad Bukownie,

1 Meile von Festenberg, 1 Meile von Medzi-
bor, 1½ Meile von Poln.-Wartenberg ent-
fernt, liegt nahe an der Breslau-Dels-Ostro-
wer Chaussee. Die Quellen werden mit den
günstigsten Erfolgen bei Rheumatismus, Sitz-
Lähmungen, Störungen des Sexual-Systems,
Fluor albus ic. gebraucht. Eröffnung des
Bades am 15. Mai. Näheres ertheilt die Guß-
herrschaft von Bukownie. Badearzt ist
Dr. Siebig in Festenberg. Die Restau-
ration besorgt der Koch Plüssinski.

Mein Getreide-, Spiritus-, Kom-
mission-, Speditions-, Agenturen-
& Provinz-Geschäft empfiehlt in vorkom-
menden Fällen zur geeigneten Beauftragung.
Tilsit, im April 1869.

Edward Westphal,
früherer Mitinhaber der fortbestehenden
Firma Gebr. Westphal.

Einem hochgeehrten Publikum erlaube ich
mir ergebenst anzugeben, daß ich mich hier-
selbst als Maler etabliert habe und alle in
mein Fach schlagende Arbeiten prompt und
reißt ausführen werde.

Posen, den 13. April 1869.
J. G. Borschki, Maler,
Schifferstraße Nr. 13.

Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt, gegründet 1812.

Inhalts des in der diesjährigen ordentlichen General-Besamm-
lung erstatteten Rechenschafts-Berichts ergab sich für den 31. De-
zember 1868 folgender Geschäftszustand:

Gezeichnete Versicherungen	Thlr. 162,707,453.
Grundkapital	= 2,000,000.
Prämien- und Zinsen-Einnahme	= 323,451.
Reserven	= 236,027.

Die Anstalt übernimmt Versicherungen aller Art gegen Feuer-
gefahr zu billigen, im Voraus fest bestimmten Prämien. Ihre soliden
Grundsätze und ihr loyales Verfahren dürfen als bekannt vorausge-
setzt werden. Nähere Auskunft ertheilen die unterzeichnete General-
und Haupt-Agentur und die betreffenden Herren Agenten.

Posen, den 19. April 1869.

Adolph Lichtenstein, Ignatz Pulvermacher,
General-Agent.

Haupt-Agent.

Norddeutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft in Berlin, Bureau: Kommandantenstraße 15.

Die Gesellschaft empfiehlt sich zur Versicherungsnahme mit dem Bemerkten, daß sie
billigere Prämien, als alle übrigen Aufstellen hat und außerdem im Schadenfalle
ohne jede Reduktion der Versicherungssumme — durch angeblichen Minder-
ertrag des versicherten Areals — Ersatz leistet.

Nähere Auskunft ertheilen sowohl die Gesellschaft selbst, als deren General-, Haupt-
und Spezial-Agenten.

Deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Lübeck.

Ultimo 1867 waren versichert:
25,327 Personen mit einem Kapital von R. M. 47,976,218. 1 Sh. und
R. M. 110,047. 15 Sh. jährlicher Rente.

Das Gewährleistungskapital betrug ult. 1867: R. M. 8,929,658. 9 Pf.
Von ult. 1867 bis 1. März 1869 wurden gezeichnet:
4187 Versicherungen zu R. M. 8,194,236. 4 Sh. und

R. M. 3237. 1 Sh. jährlicher Rente.

Die Aufnahme geschieht kostenfrei. Jede Auskunft wird von den Vertretern der Ge-
sellschaft bereitwilligst ertheilt.

Bewerbungen um Agenturen richte man gefälligst portofrei an die

General-Agentur,
Berlin, 29 Leipzigerstraße.

Versicherungs-Gesellschaft in Schwedt.

Den Mitgliedern unserer Gesellschaft zeigen
wir hierdurch an, daß durch die am 2. h.
stätigte Wahl der Rittergutsbesitzer Herr
Fischbeck in Bialogzyn zum Spezialdirektor
für den Kreis Orlowitk gewählt ist, und wir
diese Wahl bestätigt haben.

Schwedt, den 13. April 1869.

Die Direktion.

Wegen eines Todesfalles bleibt
mein Geschäft bis Donnerstag früh
geschlossen.

M. Heymann.

Zögliche Putzarbeiten werden in und
außer dem Hause schnell und sauber angefer-
tigt Wallstraße Nr. 3, zwei Treppen hoch.

Möbel-Transport- Geschäft

von Eduard Diederich,

Berlin, Elisabethstraße 43.

Am 24. d. fährt 1 gr. Möbelwagen leer
von Gnesen über Posen nach Berlin zurück,
Herrschäften, welche denselben benutzen wollen,
bitte mir dieses anzugeben.

Mein seit vielen Jahren bestehendes Rauch-
waaren-Geschäft habe ich von der Friedrichsstr.
nach der Wilhelmstraße Nr. 19 ins
„Hôtel de Rome“ verlegt. Dasselbe,
wohlsofort, erlaube ich mir zu empfehlen
und bitte um das bisherige gültige Vertrauen
und geneigten Zuspruch.

Posen, den 17. April 1869.

W. Laudon.

Ich habe mich in Schmiegel als prakti-
scher Arzt, Wundarzt und Geburts-
helfer niedergelassen.
Kaditz, den 15. April 1869.

Dr. Hoffmann.

Ein in der Stadt Schwersenz
belegenes Hausgrundstück, welches
vor Kurzem in den besten baulichen
Zustand gesetzt, mit 130 Thaler
jährlichem Miethsertrag, einem
schönen Obstgarten von über 1/2
Morgen, mit Hofraum, Brunnen
und ganz neuem Bretterzaune, soll
unter sehr soliden Bedingungen aus
freier Hand verkauft werden. Näch-
tere Auskunft ertheilt auf Franko-
Anfragen der Lehrer Grafstein
aus Schwersenz.

Eine Pachtung von 2000 Mor-
gen gutem Boden wird gesucht.
Von wem? sagt die Expedition
dieser Zeitung.

Eine Vachtung von 2000 Mor-
gen gutem Boden wird gesucht.
Von wem? sagt die Expedition
dieser Zeitung.

Eine Vachtung von 2000 Mor-
gen gutem Boden wird gesucht.
Von wem? sagt die Expedition
dieser Zeitung.

Die Bade-Inspektion.

Die Wäsche-Fabrik,

Magazin

von Leinen-Tisch- und Bettzeug,

(Damen- und Federn),

Weißwaren

von

Robert Schmidt,

(vorm. Anton Schmidt),
Posen, Markt Nr. 63,

lieferst komplett Ausstattungen, sowie einzelne Gegenstände
in solider Ware zu den billigsten festen Fabrikpreisen.

Schmiedbarer Eisenguss.
Gebr. Pützsch, Berlin.

Wagen-Achsen

stehen bei mir über 200 Sorten vorrätig in
verschiedenen Sorten, auch wird angenommen
Bestellung jeder Art.

Die Achsen sind auf der Drehbank abgedreht
zu den solidesten Preisen.
Rosenheim bei Ohlau in Schlesien.

C. Freitag,
Schmiedemeister.

Für Milchwirthschaften!
Milchsäften in allen Größen
empfiehlt

S. J. Auerbach,

Posen, Judenstraße 1,
Magazin für Haus- und Küchen-
Einrichtungen.

150,000 Ziegelbrettchen

von den in Posen üblichen Dimensionen sind
in Liepe vorrätig. Näheres beim Herrn
Prof. Seefarkiewics in Posen.

Ein noch im guten Zustand befindliches
Billard ist billig zu verkaufen.
Näheres bei S. J. Auerbach,
Judenstraße 1.

!! Für Krebskranken !!

Das von den ersten medizinischen Autoren
Deutschlands als alleinig anerkanntes
bestes Universal-Scheimmittel des verstorbenen
Sanitätsrates Dr. Bahrs, gegen
„Krebs, Blutschwämme, Polypen“
sowie gegen die am menschlichen Körper erscheinenden
„Parasiten“, empfiehlt
R. Bahrs in Braunschweig,
Leopoldstraße 23.

Gegen Hausschwamm

einzig bewährtes Mittel,
Dr. Klippels House preservative,
pro Pf. 12½ Sgr. bei
Oscar Hornig, Greyfurt i. Schles.

Niederlage in Posen bei Herrn
E. Meyer.

Wasch- und Wring-

Maschinen

neuester und vorzüglichster Kon-

struktion von Friedrich Schwar-

zer in Breslau hält vorrätig

und empfiehlt

Herrmann A. Kahl

in Stenszwo.

Specialität Centrifugal-Dampf-Cali-

fornia- etc. Pumpen.

Amerik.

Röhrenbrunnen

ohne Brunnenkessel.

überholtende frischmellende Kühe

nebst Kübler empfange Dien-

stag den 20. April c.

Carl Bachstein,

Bleihändler in Posen, Schweinemarck 19.

60 Stück fette Masthämme stehen

zum baldigen Verkauf in Baranowo

bei Kotliutica.

Engl. Sättel und Reitzeuge, Sha-

racken, Reit- u. Fahrzeughäute, Reit-

söcke, Sporen, Gebisse u. Steigbügel;

ferner Hands-, Damen- und Reitelloffen, Re-

cessaires ic. empfiehlt in großer Auswahl.

August Klug,

Breslauerstr. 8.

Guss- und schmiedeeiserne Gar-

tenmöbel, Beetverzierun-

gen in den allerneuesten Fächern

empfiehlt

S. J. Auerbach,

Posen, Judenstraße 1,

Fabrik für Bau- u. Kunstschorferei.

Ventilatoren u. Feldschmieden

von C. Schiele & Co.

in Frankfurt a. M.

Ventilatoren für Handbetrieb

billiger und bequemer als Glasbälge bei

Scheer & Petzold,

Berlin, Chausseestr. 98.

Billige, durch uns selbst besorgte Einkäufe, sowie die
Verbindung mit den bedeutendsten Handlungshäusern, erlauben
uns unsere

Wein-Handlung

und Niederlage importirter Cigarren

und Delikatessen,

was die Billigkeit anbelangt, dem geehrten Publikum gewissen-
haft empfehlen zu können.

Einer der Unterzeichneten wird sich die Ehre nehmen,
zwei Mal die Provinz und West-Pru



Seesalz

offerirt in Original-Säcken von 100 und 150 Pf., wie auch ausgewogen zum billigsten

Engrospreise
Adolph Asch,
Schloßstraße Nr. 5.



Trost dem

dass innerhalb 6–10 Wochen die feineren Tabake um 20–30 % gestiegen sind, ist es uns doch noch möglich, durch frühere vortheilhaftige Kaffakäufe der Rohrtabake begünstigt, die äußerst billigen Preise zu stellen. Hauptsächlich machen wir auf unsere nachstehenden Sorten hochfeine Blitar-Havanna-Cigarren aufmerksam, da diese von sehr feinem Aroma, höchst billig und nicht gleich wieder für solchen Preis in dieser feinsten Qualität zu verkaufen sind.

Hochfeine Blitar „Havanna“ Kronen-Regalia

à Thlr. 24

Superfeine Blitar „Havanna“ La Angelita

à Thlr. 18

Wir haben noch zu bemerken, dass diese Sorten von schönster Arbeit, schön weiß brennend und von feinem milden Geschmack sind, deshalb auch importirten Cigarren an Qualität nicht nachsehen, wohl aber um viel mehr als die Hälfte billiger sind. Wir bitten die geehrten Raucher und Liebhaber einer wirklich feinen und dabei billigen Cigarre, unserer Offerter mit Vertrauen entgegen zu kommen und sich der besten und billigsten Bedienung versichert zu halten. Um den Versuch zu erleichtern, senden wir Probenkisten à 250 Stück pro Sorte franko, bitten aber uns unbekannte Abnehmer, den Betrag der Bestellung beizufügen oder Post-Nachnahme zu gestatten.

Leipzig, Batriestraße. **Friedrich & Co.**, Cigarrenfabrik.

P. S. Von unserer allseitig als gut und preiswert anerkannten hav. El Rifice-Cigarre à Thlr. 14 pro 1000 haben noch am Lager.

Kuentner'sche Hühneraugen-Pflasterchen
empfiehlt 3 Stück 4 Sgr., im Dutzend 12½ Sgr., nebst Anwendung
Herrmann Moegelin,
Bergstraße 9.

Leipziger Magen-Elixir,
ein Destillat aus Kräutern, welche nur heilsam auf den Magen wirken, empfiehlt ich jedem Magenleidenden angelehnlich.

Preis: 1/4 Flasche 15 Sgr., 1/2 Flasche 10 Sgr. und 1/4 Flasche 5 Sgr.
S. Spiro in Posen.

Am 1. Mai 1869. — Erste Verlosung
der **Braunschweig. Prämien-Anleihe** von 1868
mit Gewinnen von Thlr. 80,000, 75,000, 60,000, 50,000, 40,000, 36,000, 30,000, 27,000, 25,000, 20,000, 16,000, 15,000 u. s. w. Der geringste Preis ist in der ersten Bziehung Thlr. 21, — u. steigt successive bis Thlr. 40. **Original-Obligationen à Thlr. 20.** —

find vorrätig bei allen Banquiers und Geldwechslern des In- und Auslandes und namentlich bei:

F. E. Fuld & Co., Bank- u. Wechselgeschäft in Frankfurt a. M.
An- und Verkauf aller Anleihenloose, Staatsseffeten, Aktien u. c. Größere Partien obiger Obligationen besorgen wir zum Börsenkurs, mit einer kleinen Provisionssberechnung.

Original-Loose

1. Klasse Frankfurter Lotterie 1/1, 3 Thlr. 13 Sgr., 1/2 1 Thlr. 22 Sgr., 1/4 26 Sgr. verlendet gegen baldige Befüllung

J. S. Rosenberg.
Göttingen.

Gewinn-Bziehung am 28. April c

Schleswig-Holstein-Lotterie.

Bedeutende Treffer!! Loose à 2 Thlr. bei

Th. Steffen, Stettin.

Börse zu Posen

Berlin, den 19. April 1869. (Wolff's telegr. Bureau.)

Not. v. 17 v. 16. Not. v. 17 v. 16.

		Fondsborse:	
Roggen, matt.	51½	51½	Märk.-Pos. Stm.
Frühjahr	50½	50½	Attien
Mai-Juni	49½	50½	Frankofen
Danielliste:			Lombarden
Röböl, animirt.	83½ Wspel.	83½	Neue Pos. Pfandbr.
Frühjahr	10	9½	Russ. Banknoten
Perf.	10½	10½	Pfandbriefe
Frühjahr	15½	15½	Pfandbr.
Mai-Juni	15½	15½	1860 Loose
Danielliste:	16½	16½	Staliener
Roggen, still.	51½	51½	Amerikaner
Frühjahr	50½	50½	Tarlen
Mai-Juni	50½	50½	
Danielliste:	97,500 Quart.		

Stettin, den 19. April 1869. (Mareuse & Maas.)

Not. v. 17. Not. v. 17.

		Röböl, unverändert.	
Frühjahr	66	65½	April-Mai
Mai-Juni	66	66	Sept.-Okt.
Danielliste:	66½	66½	Frühjahr
Roggen, still.	51½	51½	Mai-Juni
Frühjahr	50½	50½	Juni-Juli
Mai-Juni	50½	50½	

Börse zu Posen

am 19. April 1869.

Fonds. Posener 4% neu Pfandbriefe 83½ bj., do. Rentendr. 86 Gd., do. Provinzial-Banknoten 101 Gd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligat. —, 5% Obra-Meliorations-Obligationen —, do. 4% Stadt-Obligationen —, do. 5% Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten 80 Gd., amerikanische Goldklupons 41½ Sgr. pr. Doll. Gd. [Amtlicher Bericht.] Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pf.] pr. Frühjahr 47½, April 47½, April-Mai 46½, Mai-Juni 46½–46½, Juni-Juli 46½.



Ein junger Mann, mit guten Bezeugnissen versehen, der politischen und deutschen Sprache mächtig, findet in meinem Kolonial- u. Wein-Geschäft sofort eine Stelle.

Isidor Mendel,

Trzemeszno.

In Pizarbeiten geübte Mädchen können Beschäftigung finden Wilhelmstraße 17.

Zum sofortigen Antritt suchen einen Lehrling **Gebrüder Weitz.**

Ein junges Mädchen, welches die seine Weizähnlichkeit versteht und eine Nähmaschine besitzt, wünscht in und außer dem Hause Beschäftigung. Näheres Wallischei Nr. 72 bei Frau Weitz.

Ein erfahrener Brenner, der mit Hand- und Maschinenbetrieb Bescheid weiß, auch mit den Müllerer vertraut ist, sucht zum 1. Juli c. unter bescheidenen Ansprüchen Stellung. Nähere Auskunft ertheilt Herr Gastwirth A. Geßeler in Schwerzen.

Ein Wirtschafts-Beamter 25 Jahre alt, polnisch sprechend, verheirathet, ohne Familie, 19 Jahre Landwirt, sucht zum 1. Juli anderweit Stellung.

Gefällige Offerten sub **M. L. S.** poste restante Poln. - Visza.

Ein laufensfähiger, verheiratheter Inspektor, der schon längere Zeit selbstständig gewirtschaftet, der polnischen und deutschen Sprache und Schrift mächtig, sucht zu Johannis c. eine passende Stellung.

Briefe poste rest. **A. Z. Bielosliwie.**

5 Thlr. Belohnung.

Sonntag Nachmittag zwischen 6 u. 7 Uhr sind vor dem Hause Breitestraße 14, zwei 10-Thaler und ein 5-Thalerschein verloren worden. Der ehrliche Finder erhält obige Belohnung in der Exp. d. Stg.

Dampfbetrieb.

Aufträge

zur Anfertigung aller

DRUCKSACHEN,

als:

Circulare, Avisbriefe,

Preis-Courante, Rechnungen,

Etiquettes etc.

Wirtschafts- und Handlungsbücher,

Adress- und Visitenkarten,

Actionen, Coupons und Pfandbriefe,

sowie den Druck ganzer

Werke und Zeitschriften

mit und ohne Illustrationen,

übernommt und effectuirt prompt, in sau-

erer Arbeit und in jedem Umfang

die Hofbuchdruckerei

von **W. DECKER & CO.**

Posen, Wilhelmstraße 16.

Schnellpressen.

Verlagsdruckerei.

Montag, 19. April. Freien nach Vor-

schrift, Lustspiel in 4 Akten von C. Löper.

Mein Trompeter für immer, Singspiel

Burleske in 1 Akt von Hauptner.

Dienstag, 20. April. Die Chestands-

Invaliden, Lustspiel in 3 Akten nach Les

Invalides du mariage von Dumanois und

Laafaque von Theodor Hauptner. Vorher

Er ist nicht eifersüchtig, Lustspiel in ein

Akt von Elz.

Circus Fastenberger.

Dienstag: Benefiz des kühnen jugendlichen

Reiters Sig. Pietro.

Große Galavorstellung

mit reichem Programm.

Alles Nähere die Tageszeitung.

Volksgarten-Saal.

Dienstag den 20. April

Großes Konzert u. Vorstellung.

Alles Uebrige ist bekannt.

Emil Tauber.

Morgen, den 20. April, noch einmal

Eisbeine b. Volkmann, Bronnerstr. 17.

getroffenen politischen Nachrichten ließen erkennen, dass das Streben aller Regierungen darauf andauernd gerichtet ist, nicht nur den Frieden zu erhalten, sondern auch alle Kriegsbefürchungen zu zerstreuen. Die Rede des Herrn v. Lavalle in Paris gab diesem Streben Ausdruck und wurde auch von den Börsenplänen in diesem Sinne aufgenommen. Das Vertrauen belebte sich und mit dem regeren Geschäfte gewannen die Kurze, was sie in den Vorwochen eingebüßt. Auch die Auslastungen der "Prov. Korresp." über die Lavalle'sche Rede trug viel zur Befestigung des allgemeinen Charakters bei, daher ergriff die Börse, die keine innere Veranlassung zur Basse hat, mit Freuden die Gelegenheit dieser Stimmung. Der kulminationspunkt für Kurssteigerung und Geschäftsverkehr konzentrierte sich auf Donnerstag und man glaubte mit positiver Sicherheit ein weiteres Vorgeben für die Hansspekulation prophezeien zu dürfen, doch entsprach Wien nicht den gehofften Erwartungen. In diesen Tagen sind für mehrere der neuen Aktienunternehmungen die Einzahlungen, die recht ansehnliche Summen erfordern; die "glücklichen Besitzer" der mit hohem Ago bezahlten Aktien müssen tout prix Geld schaffen und manche Verkäufe von gutem Papier sind dadurch nothwendig. Daß aber die bedeutend erniedrigten Kurze, wie sie mit der Zedens "slau" und "sehr slau" der Telegraph aus Wien am Freitag uns meldete, nicht die akut aufstrebenden Folgen des Gründungsfeierns sind, sondern wohl mehr auf Börsenmanöver zurückzuführen sein dürften, geht aus dem Umstande hervor, daß die österreichische Valuta, die sich in letzter Zeit wieder gebevist hatte, nicht mit in den Strudel der weichenden Kurze hineingerissen wurde. Kreditationen büßten gestern 2½ % ein, besserten sich heute jedoch wieder. Für Lombarden trat eine lebhafte Bewegung hervor, die jedoch keine Unterstützung aus Paris fand. Österreich-französische Staatsbahn-Aktien waren gesucht und steigend wegen des wieder beginnenden Getreidetransports aus Ungarn; die hierdurch in Aussicht gestellte Steigerung der Einnahmen fällt doppelt ins Gewicht, da der jetzt bekannt gewordene Rechnungsbabschluß eine große Reserve aufweist. Auch für Italiener trug das Geschäft einen animirten Charakter und erreichte bedeutende Dimensionen, als die Depesche über Abschluß der Domänen-Anleihe und über Aufhebung des Zwangsturzes bekannt geworden war.

Bor Allern muß jedoch hervorgehoben werden, daß sich in dieser Woche die Spekulation mit einer lange vermehrten Le

